

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktagss. Abonnementspreis mit illust. Beilage "Volk u. Zeit" frei Haus pro Woche — Montag bis Sonnabend — 45 Reichspf. Einzelverkaufspf.: 10 Reichspf.

Reaktion: Johannisstraße 48  
Fernruf 905 nur Redaktion  
Fernruf 926 nur Geschäftsstelle

Anzeigenpreis für die achtgeschaffte Seite oder deren Raum 25 Reichspfennige, auswärtige 30 Reichspfennige. Veröffentlichungen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Reichspfennige. Reklame 90 Reichspf.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 48  
Fernruf 926 nur Geschäftsstelle  
Fernruf 905 nur Redaktion

# Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummmer 163

Donnerstag, 16. Juli 1925

32. Jahrgang

## Vor der Antwortnote an Briand.

**Das Reichskabinett erklärt sich einig — wer glaubt daran?**

Amtlich wird mitgeteilt:  
Das Reichskabinett ist gestern vormittag 11 Uhr zu der angekündigten Beratung der Antwort auf die französische Note vom 16. Juni über den Abschluß eines Sicherheitspaktes zusammengetreten. In der Sitzung, die bis gegen 2 Uhr nachmittags andauerte, hat sich das Reichskabinett auf einen Entwurf der Antwort geeinigt. Die Schlussredaktion wird erfolgen, sobald die Fühlungnahme mit dem auswärtigen Ausschuß des Reichstages und den Ministerpräsidenten der Länder stattgefunden hat.

\*

Dazu wird uns aus Berlin geschrieben:

Es entspricht einer alten Gewohnheit, daß sich die Minister der jeweiligen Reichsregierung ab und zu moralisch prügeln und dann eines schönen Tages wieder geziert zusammenstehen. Dieses Bild erleben wir vor kaum 14 Tagen, und eines ähnlichen Schauspiels dürfte sich deutsche Öffentlichkeit erst wieder vor 24 Stunden erfreuen. Anfangs großer Krach zwischen Schiele und Stresemann über die Außenpolitik, und jetzt wieder „volle Einigkeit“. Sie bezieht sich neuerdings auf den Inhalt der vorläufigen Antwortnote an Briand, über den das Kabinett am Mittwoch mehr als drei Stunden beraten hat. Die Tendenz des Entwurfs soll ein Kompromiß zwischen den Auffassungen der Deutschen Nationalen und der Meinung des Außenministers darstellen. Sie ist im übrigen von dem Grundsatz diktiert, die eingeleitete Diskussion fortzuführen, ohne aber im positiven Sinne ein bestimmtes Ziel der Reichsregierung erkennen zu lassen.

Am Freitag vormittag um 10 Uhr wird der Entwurf der Note, an dessen ursprünglicher, vom Auswärtigen Amt entworfenen Form durch das Kabinett verschiedenes geändert wurde, dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstages vorgelegt werden, sodass die Überreichung am Montag in Paris erfolgen könnte. Vorerst aber bleibt es noch zweifelhaft, ob der Entwurf am Freitag überhaupt die Zustimmung der Regierungsparteien findet; denn man muß immer damit rechnen, daß die Meinung des Herrn Schiele auf einmal nicht mehr identisch ist mit der Auffassung der Deutschen Nationalen Fraktion und insgesamt bestimmte Änderungen von den Freunden des Grafen Westarp beantragt werden. Jedenfalls ist es zu begrüßen, daß die Note vor ihrer Überreichung nach Paris dem Auswärtigen Ausschuß zur Stellungnahme vorgelegt wird; denn nur so kann dem bisherigen Schwund der Deutschen Nationalen vorgebeugt werden. Ihnen ist zuzutrauen, daß sie trotz der angeblich im Kabinett erzielten „Einigkeit“

möglichkeit“ über den Inhalt des Entwurfs und ohne Rücksicht auf die Zustimmung des Herrn Schiele eines Tages die Verantwortung für die Note ablehnen würden. Mit der Beratung im Auswärtigen Ausschuß wird diese Methode hinfällig! Sie verpflichtet die Deutschen Nationalen im übrigen endgültig zur Mitverantwortung für den Inhalt der Note vom 9. Februar, sobald sie ihre Zustimmung zu der bevorstehenden Antwort an Briand gegeben haben; denn die jetzt einzuhaltende Note der Reichsregierung ist eine logische Fortsetzung des Angebots vom 9. Februar. Ohne dieses Angebot wäre die jetzige Antwort überflüssig!

\*

Die außenpolitische Aussprache im Plenum des Reichstages ist für Mittwoch und Donnerstag der kommenden Woche vorgesehen. — Am Donnerstag soll die dritte Abstimmung des Aufsichtsabstimmungsgesetzes, Angestelltenversicherung, Personalausbau usw. werden. Für Freitag ist der Bericht des Untersuchungsausschusses usw. geplant; der Sonnabend und Montag sind freigesetzt. Gestellt steht schon heute, daß die Beratungen des Reichstages vor Mitte August nicht abgeschlossen sein dürfen.

Berlin, 16. Juli. (Radio.)  
Die in der kommenden Woche geplante außenpolitische Aussprache dürfte von dem Reichsaußenminister Dr. Luther persönlich eingeleitet werden. Der Reichsaußenminister soll und darf nur in der Debatte zu Worte kommen. Auch damit ist er natürlich einverstanden. Für die Sozialdemokratie werden die Generäle Müller und Breitscheid sprechen.

### Auch in der Zollfrage noch keine Einigkeit.

Die Erklärung der Reichsregierung, die sie gestern der Presse machen ließ, wonach an den Mindestzöllen festgehalten werden soll, hat im Zentrum großes Erstaunen hervorgerufen. Im Laufe des gestrigen Nachmittags erfuhr man, daß nicht nur die Deutschen Nationalen, sondern auch die Mehrheit der Deutschen Volkspartei und außerdem die Bayerische Volkspartei sich geschlossen für Mindestzölle einzeln wollen. Die Stellungnahme der Wirtschaftlichen Vereinigung ist noch nicht bekannt, dürfte aber keine völlig einheitliche sein. Das Zentrum begann seine Konsensberatung bereits am gestrigen Nachmittag während der Plenarsitzung. Um 6 Uhr wurde diese Sitzung unterbrochen. Im Zentrum hat man vor allem darüber debattiert, wie man sich zu dieser Stellung der Reichsregierung verhalten soll. Die Reichsregierung hat, wie wir hören, die Zentrumsführer erlaubt, daß sie sich baldmöglichst zu der Stellung der Reichsregierung äußern mögen. Die Entscheidung ist bis zur Stunde noch nicht getroffen.

### Aus dem Ruhrgebiet.

Die ersten Truppenabmärsche.

Witten a. d. Ruhr, 16. Juli. (Radio.)

Die planmäßige Räumung des Ruhrgebiets hat mit dem Utransport des Infanterieregiments 97, von dem zwei Bataillone in Witten und ein Bataillon in Hattingen lagen, begonnen. Zwei Bataillone dieses Regiments wurden nach Ludwigsfelde und ein Bataillon nach Landau abtransportiert. Der Abmarsch erfolgte kompagnieweise in der Frühe des Morgens bei klingender Musik. Hattingen und Witten werden spätestens bis Ende dieser Woche geräumt werden.

Maße gefordert worden. Bei der kürzlich erfolgten Abstimmung über den Erwerb der britischen Staatsbürgerschaft haben überraschenderweise über 81 Prozent der im Lande gebliebenen Deutschen für England votiert, größtenteils wohl aus Gründen gesellschaftlicher und geschäftlicher Art, ohne die auch von der deutschen Sozialdemokratie erwartete Rückübertragung der Kolonialmandate auf Deutschland abzuwarten. Die vernünftige und tolerante Politik der südafrikanischen Union gegenüber dem einstigen deutschen Schutzherrschaft hat zweifellos zur Verwischung der nationalen Grenzen beigetragen — trotz der Kolonialbanketts — und Paradesmärschen vor den Prinzen und Generälen des alten Regimes.

### Der Amnestiehahn.

Berlin, 16. Juli (Radio).

Das Reichskabinett hat den Entwurf über die politische Amnestie am Mittwoch beraten und verabschiedet. Der Entwurf soll umgehend dem Reichsrat zugehen und nach Möglichkeit noch vor den Parlamenten vom Reichstag verabschiedet werden. Der Entwurf umfasst nur die politischen Vergehen bis 1923. Es ist nicht anzunehmen, daß seine Verabschiedung ohne weiteres erfolgt.

### Auch Kutscher enthasst.

Berlin, 16. Juli (Radio).

Der seit Anfang Dezember 1924 in Haft befindliche Kaufmann Iwan Kutscher ist am Mittwoch auf Beschluß der ersten Ferien-Strafkammer mit Rücksicht auf seinen schlechten Gesundheitszustand aus der Haft entlassen worden.

### Reaktionäre Verschwörungen in der Türe.

Konstantinopel, 16. Juli. (Radio.)

In verschiedenen türkischen Städten hat die Regierung in den letzten Tagen eine weit verzweigte Verschwörung gegen die Republik aufgedeckt. Alle führenden Politiker sollen von den Anhängern des alten Sultans ermordet werden. Eine ganze Reihe von Verhaftungen sind vorgenommen worden.

## Die überflüssigen Mindestzölle.

Berlin, 15. Juli.

Der vom Reichstag eingesetzte wissenschaftliche Ausschuss zur Prüfung der Agrarzollfrage hat seine Arbeit vollendet. Er war zu einseitig zusammengesetzt, als daß man von ihm eine objektive Klärung der Probleme hätte erwarten können. Auch hatte er, was in seinem Bericht mit besonderem Nachdruck betont wird, zu wenig Zeit, um sich gründlich mit der Materie zu beschäftigen. Immerhin ist seine Arbeit von grundlegender Bedeutung für die Beurteilung der Frage, ob ein Getreidezoll und wenn ja, in welcher Form notwendig ist.

Um es gleich vorwegzurufen: für die Mindestzölle hat sich keiner der sechs Sachverständigen ausgesprochen. Bekanntlich ist gerade Graf Konitz der schärfste Vertreter der Mindestzölle auf Getreide, deren Gefahren für die Verbraucher und für die Agrarproduktion von der sozialdemokratischen Presse längst erkannt und gewürdigt worden sind. Ferner stellt das Gesamtausgabat fest, daß der von der Regierung und dem Reichslandbund propagierte lädenlose Zollschutz der Wirtschaftslage Deutschlands nicht entspricht, das als übervölkter Industriestaat auf den Export und damit auf niedrige Inlandspreise angewiesen ist. Auch in diesem Punkte ist das Gutachten eine vernichtende Kritik der Zollvorlage der Reichsregierung. Wenn die Gelehrten klären, daß viele Industriezölle unbedingt abgebaut werden müssen, so sprechen sie damit nur eine Forderung aus, die von der Sozialdemokratie im Zallausschuß mit allen Nachdruck gegen die Interessen der Großlandwirtschaft vertreten wird. Aber gerade die Landbündler sind es, die die Industriezölle bewilligen, offenbar in der Hoffnung, damit auch die Zusage der noch immer widerstreitenden Industriellen zu den Mindestzollzöllen zu erhalten.

Die Klage der Agrar-Enquete, daß es der Landwirtschaft an Betriebskapital fehlt, daß die rohe Form der Steuern, insbesondere die Umsatzsteuer, ihre Abhängigkeit erschwert, hat unmittelbar mit der Zollfrage wenig zu tun. Die Sozialdemokratie ist durchaus bereit, an der Lösung dieser Fragen positiv mitzuwirken. Die Notwendigkeit der Zölle aber wird, besonders was Getreide angeht, von der Enquete-Kommission erneut widerlegt. In Übereinstimmung mit Berechnungen, die von anderer Seite gemacht wurden, erläuterte die Kommission, daß die Landwirtschaft sich in den letzten Jahren aufwärts entwickelt hat und insbesondere die künstliche Spanne zwischen den Erzeugerpriisen der Landwirtschaft und den Preisen für Produktionsmittel bestätigt ist. Die Schere hat sich geschlossen. Wenn das richtig ist, so bleibt es unverständlich, daß die Mehrheit der Kommissionsmitglieder Agrarzölle und insbesondere Getreidezölle nicht nur zu Verhandlungszwecken, sondern auch als echte Schutzzölle für unentbehrlich hält. Es ist immer noch der Hang nach dem Überkommenen, der aus diesem Widerspruch deutlich erkennbar wird.

Unbestritten festgestellt wurde, daß die Zölle eine schwere Belastung der verbrauchenden Massen bedeuten. Zwischen beständigen Meinungsverschiedenheiten darüber, ob sich die Zölle in ihrer vollen Höhe auf den Verbrauch auswirken würden; aber darüber konnte kein Zweifel bestehen, daß sie eine Belastung tatsächlich bringen. Damit fällt ein neues, nur zur Täuschung der Verbraucher aufgestelltes Argument der Agrarier zusammen, das behauptet, auf die Dauer würden die Zölle preiswertig wirken.

Die Professoren Seiring und Vereboe vertreten in dem Gutachten aufs neue die Forderung, die sie schon bei den Beratungen geltend gemacht haben und die dahingehend, den hochwertigen Erzeugnissen der Landwirtschaft einen „Erziehungszoll“ zu gewähren. Durch vorübergehende Zölle auf Milch, Fleisch und Fettprodukte bei gleichzeitiger Einfuhrfreiheit für Futtermittel soll die Herstellung dieser hochwertigen, vornehmlich in Bauernwirtschaften produzierten Waren derart angeregt werden, daß Deutschland in absehbarer Zeit von der fremden Zufuhr unabhängig wird. Wie durchdrückt dieser Vorschlag ist, wie man dabei auch den sozialen Erfordernissen Rechnung zu tragen gebracht, das zeigt der Umstand, daß man Gefrierfleisch und Milch auch in diesem System zollfrei hereinlassen will, damit die wichtige Massennahrung nicht unnötig verteuert wird. So bestehend dieser Vorschlag auf den ersten Blick sein mag, fordert er doch starke Bedenken heraus. So wurde von dem Sachverständigen Prof. Lange aus Kiel vor einigen Tagen im Ausschuß darauf hingewiesen, daß eine derartige Umstellung der Agrarproduktion für die Bauernwirtschaft selbst manche Gefahren bringe. Gar nicht zu reden von dem starken Interesse, das die Verbraucherschaft an billigen Preisen für hochwertiges Fleisch hat. Immerhin verdient der Vorschlag Beachtung und Prüfung. Von der Regierung können wir diese nicht erwarten, da sie in geradezu stumpfsinniger Halsstarzigkeit an ihrem Projekt festhält. Doch besteht die Möglichkeit, daß der Vorschlag im Verlauf der weiteren Beratungen noch eine Rolle spielen wird, wenn es zu einem Kompromiß in der Zollfrage kommen sollte.

Noch zwei Feststellungen, die für die Agitation und für die praktische Behandlung der Frage von Wichtigkeit sind, seien aus dem Bericht hervorgehoben. Erst neuerdings hat der Landbündler Schlangen-Schönigen mit besonderem Pathos in die Welt hinausgerufen, die Landwirtschaft brauche Schutzzölle, um ihre Wechselshälfte bezahlen zu können. Nun, damit ist es halb so wild. Die Kommission stellt fest, daß die mit der nächsten Ernte zurückzuzahlenden Entschulden nur 5 Prozent der gesamten agrarischen Schuldenlast bedeuten. Ferner erklärt die

Kommission übereinstimmend, dass eine langfristige Regelung der Zollvorlage nicht in Betracht komme, sondern nur eine solche für kurze Frist. Darauf sollte mit ganz besonderer Nachdruck hingewirkt werden, dass die Zollvorlage von vornherein bestreikt wird, wie sie auch ausfallen mag. Die Regierung selbst bezeichnet die Reform als eine "vorläufige". In der Vorlage jedoch ist eine bindende Fazit, dass sie innerhalb bestimmter Zeit aufs neue bearbeitet werden, nicht enthalten. Die Arbeiterschaft hat also alle Verantwortung, sich dagegen zu wehren, dass die rein zulässige Mehrheit des Bürgerblocks den handelspolitischen Druck, der heute aus Deutschland lastet, dazu ausnutzt, um die Zoll- und Wirtschaftspolitik auf lange Zeit hinaus festzulegen.

So war die Getreide-Enquete doch nicht ganz ohne Nutzen, wenn man auch mit der Kommission hätte wünschen müssen, dass die Zeit und Material genug bekommen hätte, um positive und einheitliche Vorschläge anzubringen zu können. Im ganzen wird der Bericht sowohl mit seiner Kritik an den Industriegütern wie mit dem starken Abrücken von den hohen Mindestzöllen für Agrarprodukte der Reichsregierung nicht gerade angenehm sein. Niemand wird die Sozialdemokratie die Festsitzungen der Wissenschaft im Kampf gegen das Raubsystem des Bürgerblocks zu nützen wissen.

## Die Hypothekenabwertung in Dräffer Bezug angenommen.

Einziger Erfolg: Die Auslebung des Inkrafttretens. Hindenburg hat das letzte Wort.

95. Sitzung.

Auf dem Tisch des Hauses sind 466 000 Unterschriften niedergelegt, die

für ein Schanzettengesetz

gesammelt worden sind, das den Gemeinden das Recht gibt, die Schanzen zu veräußern. Der Zweck der Unterschriften ist, die Abgeordneten auf die Notwendigkeit dieses Schanzettengesetzes hinzuweisen. — Außerdem liegt auf dem Tisch des Hauses ein Bild, auf dem „Millionen von Kindern des Reichs“ sitzen.

Das Haus nimmt eine Umstellung seiner Tagesordnung vor, durch die die dritte Beratung des Hypotheken-Aufwertungsgesetzes an die zweite Stelle gerückt wird, um den Parteien noch eine weitere Frist zur Stellung von Anträgen zu geben. — Es wird zuerst die zweite und dritte Beratung eines Gesetzentwurfes über die

Errichtung der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt vorgenommen. Diese Bank soll zur Gewährung und Beschaffung von Krediten für die deutsche Landwirtschaft gegründet werden.

Der Reichsminister für Landwirtschaft und Ernährung, Graf E. A. K. L. C., legt sich für die Annahme des Entwurfs ein. Die Landwirtschaft habe, auf Grund der Dawes-Gesetze, mit der Verpflichtung für die Schulden des deutschen Reiches aufzutreten; sie habe während der Inflation ihr gesamtes Betriebskapital verspielt. Hier solle die Kreditanstalt eingreifen. Sie soll zunächst vornehmlich Personalkredite geben, die bis 1930 laufen sollen. Außerdem werde sie sich bemühen, insbesondere langfristige Auslandskredite für die deutsche Landwirtschaft heranzubringen. Die Rentenbank-Kreditanstalt verfolge vor allem den Zweck, zur Intensivierung der Landwirtschaft und zur Produktionsförderung beizutragen.

Abg. S. m. d. i. - Cöpenik (Soz.): Die Begründung der Vorlage ist sehr oberflächlich wie alles, was aus diesem Ministerium kommt. Das ist nicht nur die Meinung der Sozialdemokraten. (Sehr wohl! bei den Sozialdemokraten.) Man hat dem Reichslandbau große Machtmittel eingeräumt und es ist überhaupt so, dass das Landwirtschaftsministerium in die geistige Abhängigkeit des Reichslandbundes geraten ist. Dieses Ministerium ist schon nichts anderes mehr als

der Beauftragungsausschuss des Reichslandbundes.  
(Zur Übersicht: Sein Kommis!)

Es ist uns auch gelungen, die wichtigsten Bestimmungen der Sitzungen in das Gesetz hineinzubringen. Diese Sitzungen hat man lange verheimlicht, erst auf unserer Drängen mussten sie veröffentlicht werden.

Über uns der Vorteile, die wir erzielt haben, sind wir doch gejagt, diese Vorlage abzulehnen. Nun wird die fiktive Befreiung verbreitet, die Sozialdemokratie wolle keine Hilfe für die Landwirtschaft. In einem Prozess, der gegen einen Mitglied dieses Hauses in Schweidnitz geführt wurde, mußte zugegeben werden, diece Behauptung sei falsch. Wenn wir uns jetzt gegen diese Vorlage wenden, so ist für uns bestimmend, daß die Kritik dabei nichts mitzureden habe.

Im Ernährungsministerium fehlt man wohl alle anderen Organisationen, nur nicht den Deutschen Landwirtschaftsverband.

Der Art. 165 der Reichsverfassung, der die Mitarbeit der Arbeiter an allen Einrichtungen vorschreibt, scheint für das Ernährungsministerium nicht mehr zu erüben. Wenn die landwirtschaftliche Produktion gesteigert werden soll, so muss die Mitarbeit der landwirtschaftlichen Arbeiter gesteigert sein. Ist man dann nicht der Tatgegenüber, daß sie vom Lande eine ungeheure Abandonierung vollzieht, trotzdem die Arbeitsgelegenheiten in der Industrie und im Bergwerk nur beschränkt sind? Man zieht ja jetzt schon wieder in zahlreichen Fällen ansonsten die Arbeit weiter heran, weil man die Mitarbeit der deutschen Arbeiter gar nicht will. Wie bei allen anderen öffentlichen Einrichtungen sollten sie auch hier gesellschaftlich die Arbeitserziehung ausüben und wir gegen die Vorlage stimmen, trotzdem sie auch manches Gute enthält, so soll es

ein Warnungszeichen

sein, daß die Arbeiter nicht gewillt sind, ihre Rechte einzunehmen zu lassen. (Läßt. Beifall bei den Soz.)

Im Namen der Kommissionsparteien gibt Abg. Dietrich-Pfeiffer (Nat.) eine Erklärung ab, in der der Vorlage zugestimmt wird.

Abg. H. R. H. (Kom.) wendet sich gegen die Zulässigkeit der Erörterung der Regierungsparteien zur Rentenbank-Kreditanstalt. Man sollte möglichst wenig Raum über diese privilegierte Sache machen, die nur einem einzigen deutschen Stande, der Landwirtschaft, zugute kommt, obwohl andere Wirtschaftszweige erheblich bedroht würden.

Abg. H. R. H. (Kom.) bestätigt das Kreditbedürfnis für die Landwirtschaft, besinn aber, daß alle anderen Kreise des Sozialstaates, insbesondere die mittelsäuerlichen, minderens ebenso bedroht würden.

Abg. S. H. S. - Weißerburg (Voll.) warnt vor übertriebenen Hoffnungen, die etwa auf die zu erwartende Kreditanstalt gesetzt würden.

Dann ist schließlich die Debatte. — In der Einzelansprache legt Abg. Frau Dr. S. S. (Soz.) nochmals für die Sozialdemokratische Fraktion ein, die die Zahl der Teilnehmer in den Beratungssitzungen der Rentenbank-Kreditanstalt vergrößern wollen. Zugleich ist der Bericht der Arbeitserzieher in die Beratung zu stellen werden. — Damit ist die 2. Sitzung des Geheimerkants für die Errichtung der Rentenbank-Kreditanstalt beendet.

# Mach der Schlacht.

## Sozialdemokratische Erklärung zum Aufwertungsbetrag / Hindenburg restet!

In der Mittwochssitzung des Reichstags gab Genosse Keil anlässlich der dritten Beratung des Aufwertungsgesetzes für die sozialdemokratische Fraktion folgende Erklärung ab:

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat bei ihrer Stellungnahme zu der Aufwertungsfrage das Ziel verfolgt, die entwerteten Papiermarktanprüche in dem Maße aufzuwerten, in dem es ohne Schädigung des Wirtschaftslebens möglich ist. Sie hat dabei den Gedanken in den Vordergrund gestellt, dass am wirksamsten dort geholfen werden muss, wo die Not am größten ist. Für die Sicherung der Lebensmöglichkeit der infolge Krieg und Inflation verarmten Volkschichten haben jene Kreise Opfer zu bringen, die trotz Kriegsniederlage und Massenversickerung reich geworden oder reich geblieben sind. Bei der Vertretung dieser Auffassung ist die sozialdemokratische Fraktion auf den Widerstand der Regierungsparteien gestoßen.

Unter dem Vorwand der Wahrung wirtschaftlicher Allgemeininteressen sind den Schuldner großen Vorteile auf Kosten ihrer Gläubiger gewährt worden. Der schematische Höchsttarif von 25 % für die Aufwertung von Vermögensanlagen bleibt weit hinter der allgemeinen Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zurück und drückt das Siegel der Geächttheit unter ungerechtfertigte Bereicherungen zahlungsfähiger Schuldner. Die ganze Ausgestaltung der Aufwertungsvorschriften im Einzelnen ist distilliert von der Sorge, für das Wohlergehen des schuldnervollen Sachwertbesitzers. Die Interessen des verarmten Gläubigers haben die gebührende Berücksichtigung nicht erfahren. Die Begründung des Hypothekenabwerts hat zugesagt, die Folge, dass die Besitzer von Pfandbriefen, Versicherungsanträgen und Sparbuchabnahmen mit dürfstigen Brüchen ihrer Ansprüche abgefunden werden.

Der systematische Schutz, den die Regierung und die Regierungsparteien den Rücken der Kriegs- und Inflationskatastrophe gewähren, stand seinen krassesten Ausdruck in der Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge auf Erhebung einer Sondersteuer von den erhalten gebliebenen, gewachsenen und neu gebildeten Vermögen. Die Folge hieron ist, dass die Aufwertung der öffentlichen Anleihen eine Gestaltung bekommen hat, die von den Anleihen als Höhepunkt und den Anleihen wird. Das berechtigte Verlangen der verarmten Anleihenbesitzer nach Wiederaufnahme des Anleihendienstes bleibt unerfüllt, dafür wird ein geringwertiges, neues Papier ausgegeben, das nicht selten erst zur Auslösung gelangen wird, wenn der hungrige Gläubiger längst gestorben ist. Auch die Sparsassen und die Träger der Reichsversicherung können erst in einer ungewissen Zukunft auf die Rückzahlung kleiner Teile ihrer dem Reich zur Verfügung gestellten Vermögen rechnen. Der kleine und kleine Anleihenbesitzer wird mit Prozentsätzen abgefunden, die das soziale Empfinden verlegen.

Eine freigiebige Aufwertung erfordert allein das Spekulationsentzünden. Es hat die Hochflut der Inflation dazu ausgenutzt, mit Bruchteilen von Goldpfennigen große Anleihenbestände zu erwerben. Jetzt werden diese Anleihen auf ein Vielfaches des Erwerbspreises aufgewertet. Die Forderung der Sozialdemokratie nach völliger Ausschließung der Spekulati-

on von der Aufwertung ist von der Regierung und den Regierungsparteien abgelehnt worden.

Die Aufwertungsgesetze sind nicht das Ergebnis eines sachlichen Meinungsaustausches zwischen Regierungsmehrheit und Opposition, sie beruhen vielmehr auf Sonderabmachungen der Regierungsparteien, von denen die Opposition ausgeschlossen war. Alle Verbesserungsanträge der sozialdemokratischen Fraktion wurden ohne sachliche Begründung niedergestimmt. Die Gesetze stehen im schroffem Widerspruch mit den Versprechungen, die den Wählern gegeben wurden. Sie sind erfüllt von demselben Geiste, den die Zoll- und Steuerpolitik der Rechtsregierung atmet. Diese Politik dient dem Schutz des Großkapitals, belastet die proletarischen Volksmassen und enteignet weite Kreise des ehemaligen Mittelstandes zugunsten einer kleinen Schicht von Inflationsgewinnern. Die sozialdemokratische Fraktion lehnt jede Verantwortung für eine solche Politik ab, indem sie gegen die Aufwertungsgesetze stimmt.

Die Regierungsmehrheit wird die Gesetze annehmen. Ist das geschehen, so können sich die Hoffnungen der Gläubiger und Später nur noch auf den Reichspräsidenten Hindenburg richten. Artikel 78 Absatz 1 der Reichsverfassung lautet:

„Ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz ist vor seiner Bekanntmachung zum Volksergebot zu bringen, wenn der Reichspräsident binnen eines Monats es bestimmt.“

Die Verfassung der Deutschen Republik gibt also dem Reichspräsidenten Hindenburg die Möglichkeit, das Volk selbst entscheiden zu lassen. Die Bölkische Freiheitspartei will durch den vorhin vom Präsidenten bekanntgegebenen Antrag den Reichspräsidenten in feierlicher Weise auf die von der Verfassung ihm zueklauten Rechte aufmerksam machen. Der Antrag verlangt in Anwendung des Artikels 72 der Reichsverfassung, dass die Bekanntmachung der Aufwertungsgesetze um zwei Monate ausgesetzt wird. Die sozialdemokratische Fraktion wird diesem Antrag zustimmen. Falls ein Drittel des Reichstags dem Antrag zustimmt, darf die Bekanntmachung vor zwei Monaten nicht erfolgen. Die Rechtslage ändert sich, wenn die Mehrheit des Reichstags die Gesetze für dringlich erklärt. Ein solcher Antrag liegt vor. Wird dieser Antrag angenommen, so ist der Reichspräsident nicht gemäß Artikel 72 der Reichsverfassung verpflichtet, das Gesetz binnen Monatsfrist zu verkünden, sondern er ist gemäß Artikel 72 in seiner Entscheidung völlig frei. Er kann die Bekanntmachung aussetzen, um den Antrag durch mindestens ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten auf Vornahme einer Volksabstimmung abzuwarten. Er kann auch selbst bestimmen, dass das Gesetz zur Volksabstimmung eingebrochen wird. Das kann er aber auch, wenn der Antrag auf Aussetzung der Bekanntmachung nicht von einem Drittel des Reichstags unterstützt werden sollte. Bei dem großen Vertrauen, dass die Bölkische Freiheitspartei dem Reichspräsidenten Hindenburg, wie bei seiner Wahl, so auch heute noch entgegenbringt, wird man annehmen dürfen, dass sie ihren Antrag nicht gestellt haben würde, wenn sie des Erfolges nicht sicher wäre. Mit größter Spannung sieht also das deutsche Volk, vor allem die Gläubiger und Später, der Entscheidung des Reichspräsidenten entgegen. (Lebhafte Beifall.)

Das Haus wendet sich dann der

3. Lesung des Hypothekenabwertungsgesetzes

zu. — In der allgemeinen Aussprache wendet sich Abg. Hennig (Voll.) nochmals gegen die Art der Behandlung der Aufwertungsgesetze durch die Kompromissparteien. Alle Bemühungen der Bölkischen und der Linken um Verbesserung der Vorlage seien an der Stimmenmasse der Regierungsparteien gescheitert.

Abg. Keil (Soz.) wendet sich scharf gegen den Abgeordneten Henning, der den letzten Augenblick der Beratung zu benutzen suchte, um der Sozialdemokratie vorzuherrschen, sie handle in der Aufwertungsfrage gegen ihre Grundfläche. Was hält Herr Henning von sozialdemokratischen Grundzügen? Wir Sozialdemokratie haben zum Unterschied zu den anderen Parteien den Gläubigern und Später keine Versprechungen gemacht. Wir haben bei den Beratungen im Ausschuss und hier im Plenum nicht einen einzigen Antrag gestellt, der nicht mit unserer grundlegenden Auffassung und unserem wirtschaftlichen Gewissen vereinbar wäre. Wie im Ausschuss hat auch hier die Mehrheit jede sachliche Begründung unserer Anträge abgelehnt. Wenn wir den Versuch unternehmen würden, die wichtigsten Fragen in der dritten Lesung noch einmal aufzurollen, so würde die Mehrheit die gleiche Stellung einnehmen. Um das festzustellen, werden wir ziemlich vorsichtig vorgehen und bei den §§ 4 und 8 namenlose Abstimmungen beantragen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Anschließend gibt Genosse Keil im Auftrag der sozialdemokratischen Fraktion eine Erklärung ab, die wir im Wortlaut an anderer Stelle wiedergeben. — Präsident Voß teilt dann dem Hause mit, dass die Bölkische Arbeitsgemeinschaft einen Antrag eingereicht habe, der verlange, dass die Bekanntmachung des Aufwertungsgesetzes um 2 Monate auf Grund des Artikels 72 der Reichsverfassung ausgesetzt werde. — Abg. P. H. L. (Duit.) erklärt seine Zustimmung zu einer Resolution der Sozialdemokratie, in der verlangt wird, dass die öffentlichen Banken nicht höher aufgewertet werden sollen als die Hypotheken.

Abg. K. O. S. (Komm.) wendet sich wiederholts gegen den mit „Schweinekopf“ gemischten Pfaffenparagraphen“ 27, der 5 Millionen Pfenni täglich, u. a. für die Religionsgesellschaften für die nächsten 15 Jahre festlegt. Es sei ein Stand, dass die „Gier der Pfaffen auf Kosten des Brotes“ bestreitig werden soll.

Abg. K. O. S. (Komm.) erklärt, dass die Demokraten den Antrag auf Aussetzung der Bekanntmachung des Aufwertungsgesetzes nicht unterstützen würden. Eine Plakette wie die vorliegende eigne sich nicht zum Volksentscheid. (Lässt. Beifall, Zustimmung rechts.)

Das Haus nimmt dann Abstimmungen vor und lehnt dabei einen Antrag K. O. S. (Komm.) auf Rückverweisung der Vorlage an den Aufwertungsausschuss gegen Kommunisten, Sozialdemokratie, Demokraten und Bölkische ab.

Der auch in dritter Lesung wieder eingeholte Antrag Keil (Soz.), den Aufwertungsrat für Hypotheken von 25 auf 40 Prozent zu erhöhen, wird in namenlicher Abstimmung mit 244 gegen 181 Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt.

In der namenlichen Schlusshälfte wurde das Aufwertungsgesetz mit 230 gegen 197 Stimmen bei einer Stimmenthaltung in der Fassung der Kompromissparteien angenommen.

Die Beratungen wurden hieran für 20 Minuten vertagt, um den Parteien Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem Antrag auf Aussetzung der Bekanntmachung des Gesetzes zu geben. Nachdem das Aufwertungsgesetz in namenlicher Abstimmung angenommen war, wurde der Antrag auf Aussetzung der Bekanntmachung mit 169 gegen 249 Stimmen abgelehnt. Die erforderliche Zahl von einem Drittel der Mitglieder für Annahme dieses Antrags ist damit erreicht. Die gewöhnliche Abstimmung wurde des Aufwertungsgesetzes sodann als dringlich bezeichnet.

Nächster Gang: Donnerstag 1 Uhr. (Dritte Sitzung des Aufwertungsausschusses über die Abstimmung der öffentlichen Unternehmen.)

## Regierungskrise in der Tschechoslowakei.

SVD. Prag, 15. Juli. (Eig. Drahtb.)

Der Eisenbahminister Stricker hat am Mittwoch dem Ministerpräsidenten Hindenburg die Möglichkeit, das Volk selbst entscheiden zu lassen. Die Bölkische Freiheitspartei will durch den vorhin vom Präsidenten bekanntgegebenen Antrag den Reichspräsidenten in feierlicher Weise auf eine Studienreise in Frankreich weist, zurückzurufen, während Außenminister Dr. Benesch, der ebenfalls der Nationalsozialistischen Partei angehört, vorläufig im Amt bleibt soll. Die Sitzungen von Kammer und Senat wurden infolge dieser Regierungskrise am Mittwoch vorzeitig geschlossen. Das Parlament dürfte erst wieder im September zusammentreten.

Der Grund des plötzlichen Rücktritts des nationalsozialistischen Minister ist in einem Konflikt der tschechoslowakischen Regierung mit dem Balkan zu suchen. Der Papst hat die Beteiligung der tschechoslowakischen Regierung an einer Feier für den „Heiligen Johann Hus“, der bekanntlich vor 500 Jahren in Konstanz unter Bruch des freien Geleits verbrannt wurde, als „eine kirchenvorliche Handlung“ angesehen und seinen Vertretern in Prag abberufen. Neben die weitere Behandlung der Angelegenheit waren sich die Regierungsparteien nicht einig. Als nun die deutschen Sozialdemokratien eine Interpellation im Parlament über diesen Vorgang einbrachten, kam die Krise zum offenen Austrag.

## Was Flüchtlinge aus Marocco berichten.

Ges. 15. Juli. (Eig. Drahtb.)

In Genf trafen dieser Tage vier deutsche Flüchtlinge aus der spanischen Fremdenlegion ein. Sie behaupten, dass von den 1500 Deutschen noch 200 in der spanischen Fremdenlegion stehen. Die übrigen seien tot, verwundet oder deportiert. Nach ihren Berichten ist die Lage in Französisch-Marocco über das sie deportiert sind, sehr kritisch. Taza sei von den Franzosen völlig geräumt, die Straße Casablanca-Taza-Fez von den Riffen abgeschnitten und Fez bedroht. Der Abtransport der Riffen und der weißen Zivilbevölkerung habe bereits begonnen. Am Blutfest, vor etwa drei Wochen, sei es in Fez zu schweren Unruhen gekommen, wobei es viele Tote gab. Die französischen Truppen hielten die Stadt Fez unter Feuerbedrohung, da ein neuer Aufstand der eingefesselten Bevölkerung erwartet wird. Die französischen Verluste seien sehr hoch, ganz besonders bei der Fremdenlegion. Die deutschen Flüchtlinge klagen einstimmig über die Brutalität in der spanischen Fremdenlegion. Schwere Misshandlungen seien an der Tagesordnung, daneben soll ein unglaublicher Schmutz und Hunger herrschen.

## Politische Notizen

Paris, 16. Juli. (Radio). Die Blätter melden, dass neue Truppentransporte im Stärke von einem Armeekorps nach Marocco unterwegs sind. Inzwischen haben sich 12 amerikanische Flieger zum Kampf gegen Marocco zur Verfügung gestellt. Ihr Angebot wurde von der französischen Regierung angenommen.

New York, 14. Juli. (Eig. Drahtb.) Die Standard Oil Company in New Jersey, der größte Petroleum-Konzern der Welt, hat am Montag in einer Generalversammlung beschlossen, in allen Werken den zwölfstündigen Arbeitstag auf den achtstündigen herabzusetzen und die Löhne um 25 Prozent durchschnittlich zu erhöhen. Als Urheber dieser Änderung wird der junge Nodell genannt.

# Die österreichische Politik.

(Von unserem Wiener Korrespondenten.)

SBD. Wien, Mitte Juli.

Das System der Völkerbundskontrolle, die in Wirklichkeit eine Diktatur der im Finanzkomitee des Völkerbundes vereinigter Vertreter des internationalen Finanzkapitals ist, bringt es mit sich, daß die österreichische Politik viel weniger als anderswo auf der parlamentarischen Tribüne vor sich geht, dagegen weit mehr als in anderen Staaten und mehr als es der demokratischen Struktur unseres Staates zu entsprechen scheint, hinter den Kulissen, in parlamentarischen Ausschüssen, durch Verhandlungen zwischen den parlamentarischen Fraktionen untereinander und mit den Ministern, durch direkte Einwirkung der Fachverbände und der sozialen und politischen Vertretungen aufeinander und auf die Regierung. Trotzdem spielt sich in diesen Formen, die dem mehr auf das Demonstrative gerichteten österreichischen Charakter zumid zu laufen scheinen, ein zäher Kampf ab, der um die Verteilung der Macht im Staate, aber auch um die Verteilung der Lasten des Staates unter den Klassen geht.

Objekt und zugleich Subjekt dieses Kampfes ist der vom Völkerbund eingesetzte Generalkommissar Dr. Zimmermann. Er steht über den Parteien; denn er ist vom Völkerbund entendet, um die Sanierung Österreichs herbeizuführen. Aber er ist zugleich Partei, da er die Verwendung der Kredite, die das internationale Finanzkapital Österreich gewährt hat, zu überwachen und Teilstücke nur dann auszuholzen hat, wenn er überzeugt ist, daß die Kredite auch wirklich im Interesse der Sanierung verwendet werden. Ihm hat die österreichische Regierung also über ihre Einnahmen und Ausgaben Rechenschaft abzulegen und er entscheidet nicht nur, ob Einnahmen und Ausgaben im richtigen Verhältnis zu einander stehen, so daß also das elatistische Gleichgewicht hergestellt ist — nicht nur, ob die Ausgaben nicht zu hoch sind, sondern auch, ob im Rahmen des zulässigen, weil durch die Kredite gedeckten Defizits, ja sogar bei budgetärem Gleichgewicht nicht die Einnahmen erhöht oder erniedrigt werden sollen. Man sieht, wie gut es ist, daß der Völkerbund uns einen an unseren inneren politischen und sozialen Kämpfen nicht interessierten Generalkommissar hergebracht hat, der sich als Bürgermeister von Rotterdam so bewährt hat, daß ihn die holländische Regierung zu dem Amt des Generalkommissärs für Österreich vorgeschlagen hat. Ein Glück auch, daß die holländische Regierung gut bürgerlich ist, so daß man also nicht gefährdet ist, daß der von ihr vorgeschlagene Regent Österreichs bolschistischen Schlagwörtern allzu zugänglich sein würde.

In der Tat hat der Generalkommissär den Auftrag, der ihm vorausgegangen ist, daß er kein Freund holländischer Schlagwörter ist, vollaus gerechtfertigt und er hat auch die in ihm von seinen Auftraggebern gelegten Erwartungen erfüllt. Er hat darauf gesehen, daß die Ausgaben des Staates verringert werden, indem er darauf bestand, daß hunderttausende Angestellte auf das Strafengefüster geworfen wurden, daß Postämter und Gerichte und vor allem Schulen und Spitäler abgebaut werden. Er hat auch, so weit es an ihm lag, darauf gesehen, daß nicht etwa von ihm nicht gebilligte Ausgaben gemacht werden unter dem Vorwand, daß es sich um soziale Zwecke handle und daß man er, der von Gottes Gnaden zum Retter Österreichs vorherbestimmt Generalkommissär, unerhörtlich. Wichtiger als die sozialen Zwecke ist ja das finanzielle Gleichgewicht des Staates und wichtiger als das Gleichgewicht ist die ungehörte Produktion, die Unterlassung jeder höheren Besteuerung des Kapitals. Darauf hat er vor allem Anfang an sein Hauptaugenmerk gelegt und er hat die Hand fest auf dem Geldbeutel gehalten, daß nicht am Ende die Regierung den Angestellten zuviel bemühte oder vielleicht die Kapitalisten bestreute, wie es die Sozialdemokraten wollten.

Bei seinem regenstreichen Wirken im Interesse der Rettung Österreichs hat er es glücklich so weit gerettet, daß wir 200 000 Arbeitslose haben — stieg er auf Hindernisse? Das Haupthindernis war, daß die Gemeinde Wien von Sozialdemokraten verwalten wird, so daß der Beweis erbracht wurde, daß eine Sanierung auch ohne freie Kontrolle durchgeführt werden kann und daß die Sanierung ohne Generalkommissär nach dem Muster der roten Wiener Gemeinde nicht eine Demobilisierung, sondern ein Aufblühen der Wirtschaft zur Folge hätte. Aber davon abgesehen, hätte die rote Gemeinde seine Pläne auch insofern, als sie ihr Budget nicht auf Massensteuern, sondern auf Besteuerung des Kapitals, zu dessen Schutz er nach Österreich geschickt war, aufbaute. Dagegen mußte er also vornehmlich auftreten und der Kampf darum ist der Hauptinhalt der österreichischen Politik. Vorher mußte aber noch das zweite Hindernis der Sanierung weggeräumt werden. Die Kontrolle und damit die Stellung des Generalkommissärs war nämlich nur auf zwei Jahre vorgesehen, da man in diesen zwei Jahren das Gleichgewicht herstellen zu können hoffte. Die zwei Jahre waren Ende des vorigen Jahres verstrichen, das budgetäre Gleichgewicht ist auch erreicht.

## Der Spieler

Roman von F. M. Dostojewski.

14. Fortsetzung.

Der Franzose, wie er von Natur ist, besteht aus durchaus kleinbürgerlichem, geringwertigem, gewöhnlichem Stoffe; kurz gesagt, er ist das langweiligste Wesen von der Welt. Nach meiner Meinung können nur Idealisten und namentlich einige russische Damen sich von den Franzosen blenden lassen. Jeder vernünftige Mensch wird diese ein für allemal festgelegten Formen der sogenannten Lebenswürdigkeit, Gewandtheit und Heiterkeit, eine Art von Nationaleigentum, sofort erkennen und unerträglich finden.

„Ich komme aus besonderem Anlaß zu Ihnen,“ begann er sehr ungeduldig, wie wohl durchaus höflich, „und ich verberge Ihnen nicht, daß ich in der Eigenschaft eines Abgeordneten oder richtiger ausgedrückt, eines Vermittlers vom General zu Ihnen komme. Da ich nur sehr schlecht Russisch kann, so habe ich gestern so gut wie nichts verstanden; aber der General hat mir nachher eingehende Mitteilungen gemacht, und ich muß gestehen...“

Aber hören Sie einmal, Monsieur de Grieux,“ unterbrach ich ihn, „Sie haben also auch in dieser Angelegenheit die Rolle eines Vermittlers übernommen. Ich bin ja allerdings nur ein Hauseherr und habe auf die Ehre, ein naher Freund dieses Hauses zu sein, und auf irgendwelche intimen Beziehungen zu demselben niemals Anspruch erhoben und bin daher auch nicht mit allen Verhältnissen vertraut; aber erzählen Sie mir doch eines: Gehören Sie denn jetzt schon vollständig zu den Mitgliedern dieser Familie? Weil Sie doch an allem solichen Anteil nehmen und bei allem sofort unfehlbar als Vermittler auftreten...“

Meine Frage gefiel ihm nicht. Sie war ihm zu unverstehen, und er hatte keine Lust, mir zuviel mitzuteilen.

„Es verbinden mich mit dem General sowohl geschäftliche Beziehungen als auch gewisse besondere Umstände,“ erwiderte er trocken. „Der General hat mich hergeschickt, um Sie zu bitten, Sie möglichen die gestern von Ihnen ausgedrohene Absicht unausgeführt lassen. Alles, was Sie vorbringen, ist ohne Zweifel sehr klarsinnig; aber er erfuhr mich namentlich, Ihnen vorzustellen, daß Ihnen die Ausführung Ihrer Absicht schlechterdings nicht gelingen wird, in der Baron wird Sie gar nicht empfangen, und schließlich stehen ihm ja jedenfalls alle erforderlichen Mittel zur Verfügung, um weiterer Unannehmlichkeiten von Ihrer Seite überhohen zu sein. Das müßen Sie doch selbst einsehen. Ich bitte Sie, was für einen Zweck hat es, der Sache noch eine Fortsetzung zu geben? Der General will Ihnen das bestimmt versprochen, Sie wieder in sein Haus zu nehmen, so daß Sie bestimmt es nur irgend gespottet, und Ihr Gehalt,

also hätte Herr Dr. Zimmermann getrost nach Rotterdam zurückkehren können, wo man sich gewiß schon nach ihm sehnt. Aber da entstieß er plötzlich, daß das Gleichgewicht noch nicht gesichert sei und das Finanzkomitee fand also, daß die Kontrolle noch weiter dauern müsse. Herr Dr. Zimmermann muß sich also noch weiter auf Österreich opfern. Zum Glück wird ihm das Opfer nicht übel entquält. Er erhält vier Milliarden Kronen (seit einer Viertel Million Mark) jährlich oder 12 Millionen Kronen täglich, so viel also, wie mancher Arbeiter in einem ganzen Jahr und selbt mancher qualifizierte Arbeiter in einem halben Jahr an Lohn bezahlt, in einem Tag!

Der politische Kampf geht jetzt um zwei Dinge: um die Verwaltungsreform und um die Finanzreform. Die Verwaltungsreform soll die kostspielige Doppelverwaltung in den Ländern vereinfachen und damit verbilligen, eine im Prinzip durchaus läbliche Absicht, die aber mit dem Plan verbunden wird, die Opposition in den christlich-sozial verwalteten Ländern einschlösse zu machen, indem man die Verwaltung in den Ländern aus den Händen der proportionell zusammengesetzten Landesregierungen in die Hände des christlich-sozialen Landeshauptmanns versetzt, zugleich aber die Autonomie der roten Gemeinde Wien zu untergraben, indem man unter dem Vorwand, daß die meisten — nämlich die christlich-sozial verwalteten Länder keine ordnungsmäßige Finanzkontrolle haben, alle Länder — und damit auch Wien, das auch ein Bundesland ist, das aber eine eigene mühsame Rechnungskontrolle hat — der Kontrolle des von der Regierung eingeführten Rechnungshofes unterwerfen will. Zugleich soll auch die Finanzreform durchgeführt werden, indem die Verteilung der Steuern zwischen Bund und Ländern und Gemeinden, das sogenannte „Abgabenteilungsgesetz“ derart geändert wird, daß die Bundesfinanzen auf Kosten der Länder und Gemeinden, vornehmlich der Gemeinde Wien, saniert werden können.

Alle diese Pläne sind zwar sehr gefährlich. Aber in der Praxis wird ihre Gefahr dadurch verringert, daß sie nur durch Verfassungsgesetz, also mit quälerhafter Mehrheit, verwirklicht werden können, also der Einspruch der Sozialdemokraten sie verhindern kann. Damit ist der Weg zu Kompromissen gebahnt, die, wenn auch mit finanziellen Kosten, die Autonomie und Steuerfreiheit der Gemeinde Wien aufrechterhält und die Entwicklung der Industriegemeinden in den Ländern von reaktionären Länderverwaltungen unabhängig macht. Diese Verhandlungen ziehen sich schon seit Monaten hin und nehmen alle Kräfte der politischen Partei, der Fraktion und der Länderevertreter und Gemeindervertreter in Anspruch. Die Verhandlung im Parlament kann natürlich nur der Beendigung der Verhandlungen oder dem Aufruf des öffentlichen Gewissens dienen.

Im Zusammenhang mit diesen Fragen der Kontrolle stehen noch zwei Fragen, die für die Arbeiterschaft von Bedeutung sind. Das eine ist die Frage des Mieterschutzes, gegen den sich der Ansturm der Kapitalisten richtet, die mit der Befreiung des Mieterschutzes und des Wohnungsanforderungsrechts der Gemeinden nicht nur die Wiener Gemeindeverwaltung, sondern die Arbeiter direkt zu treffen hoffen. Weit mehr als alle anderen Fragen ist die Frage die Kernfrage der österreichischen Politik und es ist ausgeklungen, daß sie gegen die Arbeiter entschieden werden könnte. Die zweite Frage ist die der Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter. Zum Unterschied von Deutschland besitzt Österreich noch keine derartige Versicherung, obwohl schon in der Monarchie hindern die Zusagen der Regierungen vorlagen. Jetzt hat die Regierung endlich eine Vorlage ausgearbeitet und sie der Arbeiterkammer und den Fachverbänden der Unternehmer zur Begutachtung vorgelegt. Der „Arbeitertag“, der vorige Woche in Wien tagte, hat im Namen der sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaften, der Krankenkassen und der Alterskammern diese Vorlage zwar nicht für die Erfüllung der Forderungen der Arbeiter erklärt, aber mit einigen Abänderungen ihre sofortige Gesetzgebung verlangt und die Einschaltung der ganzen Kraft der Arbeiterschaft für diesen Beschluß angekündigt.

## Deutsche und ausländische Landwirtschaft.

Von Otto Lamprecht - Hamburg.

Graf Kanik hat seine Getreidezollforderungen für die deutsche Landwirtschaft u. a. damit begründet, daß die Kolonialländer für die Erzeugung von Getreide wesentlich günstigere Voraussetzungen hätten als Deutschland, besonders in bezug auf die klimatischen Verhältnisse. Es ist aber ein weit verbreiteteter Überglauke, daß die Überseeländer mit einer geradezu märchenhaften Fruchtbarkeit begüttet seien. Diese Illusionen hat mancher Auswanderer schon mit bitteren Enttäuschungen bezahlen müssen, um zu der Erkenntnis zu gelangen, daß der Mensch überall sein Brot im harten Kampfe der Natur abringen muß.

bis dahin weiterlaufen zu lassen. Das ist doch für Sie ein recht vorlebhaftes Anreben, nicht wahr?

Ich erwiederte ihm sehr ruhig, daß er sich da doch einzergemaßt irre und der Baron mich vielleicht doch nicht werde fortlaufen lassen, sondern mich anhören werde, und bat ihn einzugeben, daß er (was ich für wahrscheinlich hielt), gekommen sei, um in Erfahrung zu bringen, wie ich eigentlich in der genannten Sache zu verfahren vorhätte.

„Aber, mein Gott, da der General bei der Angelegenheit so interessiert ist, so wird es ihm selbstverständlich angenehm sein, zu erfahren, was Sie tun wollen, und wie. Das ist ja so natürlich!“

Ich begann meine Auseinandersetzung, und er hörte zu; er hatte sich sehr bequem hingelegt und blickte den Kopf ein wenig zur Seite nach mir hin; auf seinem Gesicht lag offen und unverhohlen ein leiser Ausdruck von Ironie.

Leiderhaupt benahm er sich von oben herab. Ich suchte mir aus allen Kräften den Antheil zu geben, als sähe ich die Sache im allererstenfleinsten Lichte. Ich erklärte ihm, indem der Baron sich mit einer Befreiung über mich an den General gewandt habe, als ob ich ein Diener des Generals wäre, habe er mich erstens um meine Stelle gebraucht und mich zweitens wie jemanden behandelt, der nicht imstande sei, für sich selbst einzustehen, und mit dem zu reden nicht der Mühe wert. Insofern hätte ich allerdings ein Recht, mich für beleidigt zu erachten; indes in Abwärt des Unterschiedes der Jahre und der gesellschaftlichen Stellung usw. (an dieser Stelle konnte ich kaum das Lachen zurückhalten) wolle ich nicht noch eine neue Unbesonnenheit begreifen, d. h. vom Baron geradezu Geneigungen verlangen oder ihm diejenigen Weg auch nur vorschlagen.

Nichtsdestoweniger hießt ich mich für völlig berechtigt, ihm und besonders der Baronin meine Bitte um Entschuldigung anzubieten, um so mehr, da ich mich tatsächlich in der letzten Zeit unwohl gefühlt und Spuren geistiger Zerrüttung sowie Neigung zu Exzentrikitäten an mit wahrzunehmen hatte usw.

Jedoch habe der Baron selbst durch seine geistige für mich beleidigende Befreiung beim General und durch die Befreiung, daß der General mich aus meiner Stelle wegschicken sollte, mich in eine solche Lage gebracht, daß ich jetzt ihm und der Baronin und alle Leute dann sicher denken würden, es bewege mich zu der Abbitte nur der Wunsch, meine Stelle wiederzubesetzen.

Das Resultat all dieser Erwägungen sei dieses: ich hießte mich jetzt für geröntzt, den Baron zu bitten, er möge sich jetzt vor allen leidlich bei mir entschuldigen; dabei würden mir die makellosen Ausdrücke genügen; er brauche z. B. nur zu sagen, daß er keineswegs die Absicht gehabt habe, mich zu beleidigen.

Wenn der Baron das ausprüche, dann würden mir dadurch die Hände frei gemacht sein, und ich würde offen und ehrlich ihm auch meinerseits meine Bitte um Entschuldigung postieren.

Wer die Verhältnisse drüber kennt, weiß, daß gerade die Hauptstaaten, die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Kanada, ein wesentlich rauheres, für die Landwirtschaft ganz bedeutend ungünstigeres Klima haben als Deutschland. Deutschland kann sich eines verhältnismäßig günstigen, gemäßigten Klimes erfreuen, welches gleichermaßen über das ganze Jahr verteilt Niederschläge und ziemlich gleichmäßige Temperaturentwicklung ohne scharfe Temperaturschwankungen aufweist.

Widers dagegen USA und Kanada. Diese Länder haben ganz gewaltige Temperaturunterschiede, nicht nur allein zwischen Sommer und Winter, sondern auch innerhalb eines einzigen Tages. In den Getreidebezirken gibt es wenig Orte, welche in den Sommermonaten Juli, August eine geringere Maxima-Temperatur als + 40 Grad C. und eine Wintertemperatur von weniger als -30 Grad C. verzeichnen. Die Monats-Temperaturunterschiede sind durchschnittlich in Chicago 24,3 Grad C., Winnipeg 40,4 Grad C., Dawson City 44,3 Grad C. Derartige Temperaturunterschiede können wir in Deutschland nicht antreffen. Wir müssen schon sehr nach Norden und in das kontinentale Russland hineingehen, um ähnliches zu finden. Z. B. haben Riga 23 Grad, Kiew 25,4 Grad, Petersburg 27 Grad, Moskau 29 Grad und Irkutsk 39,2 Grad C.

Besonders gefährlich für die Landwirtschaft sind die Temperatursprünge innerhalb eines einzigen Tages, die während der Wachstumsperiode auftreten und dem Landbau schwere Schäden zufügen. Innerhalb 16 Stunden wurden z. B. Temperatursprünge in Texas von 35 Grad und am Missouri von 33,5 Grad C. festgestellt. Temperatursprünge von 20 bis 25 Grad C. innerhalb weniger Stunden sind nichts Ungewöhnliches. Mit diesen schärfen Kälteflauschlagen sind dann fast immer Wolkenbrüche, Wirbelschne, Hagelschlag, Nachtschlaf, Laufkreis und Glattewaldung in den Sommermonaten verbündet. Diese nur einigen Ländern im Innern Asiens ähnlichen Temperaturverhältnisse haben zur Folge, daß Nordamerika äußerst ungünstige Niederschlagsverhältnisse aufzuweisen. Perioden von wolkenbrüchigem Regen wechseln ab mit Perioden glutflüssiger Dürre.

Die ungünstigen klimatischen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten sowohl als in Kanada erklären die geringen Getreideerträge, welche der Getreidebau in diesen Ländern erzielt. Selbst Argentinien, das einzige Land, welches gute klimatische Verhältnisse und ganz außergewöhnlich günstige chemische Zusammensetzung seiner Böden aufweist, ist infolge ungünstiger Grundwasserbedingungen in seiner Ertragsfähigkeit stark herabgesunken, so daß sich die immer wieder in die Debatte geworfenen Argumente der „besseren klimatischen Voraussetzungen“ und der „jungfräulichen Böden“ nicht als stichhaltig erweisen, eine naivtumsgewebene unbedingte Überlegenheit der ausländischen Getreideerzeugung gegenüber der inländischen zu konstruieren. Das beweist ein Vergleich der durchschnittlichen Getreideerträge (Internat. Statist. Jahrbuch, Rom):

	Weizen	Roggen
	1909—13	1921
	(in Doppelsenitzen)	
Dänemark	23,1	34,3
Belgien	25,1	28,4
Deutschland	21,4	20,4
Kanada	13,2	8,7
U. S. A.	9,8	8,6
Argentinien	6,1	7,5
Australien	8	10
British-Indien	8	8,3
Europ. Russland	7,3	—
Urat. Russland	5,7	—
Rumänien	12,8	8,3
	9,2	6,9

Selbstverständlich ist der größere Ertrag der deutschen Landwirtschaft kein Zeichen dafür, daß der Getreidebau in Deutschland günstigere Bedingungen hätte als in anderen Ländern. Der Mehrertrag in Deutschland ist eine Folge intensiver Produktion, welche den Mehraufwand durch einen entsprechenden Mehretrag lohnt. Aber wir können aus obigen Zahlen folgern, daß Deutschland in bezug auf natürliche Ertragsfähigkeit den Überseeländern in keiner Weise nachsteht. Man sollte also endlich aufhören, das Ausland als Schlaraffenland und Deutschland als ein langes, unfruchtbaren, vom Klima klimatisch behandeltes Land hinzustellen, um auf Grund solcher falschen Vorstellungen Forderungen (Zoll usw.) zur Bekämpfung der Agrarkrisis aufzustellen, die in keiner Weise mit dem Kern des deutschen Agrarproblems zusammenhängen. Die deutsche Landwirtschaft könnte in bezug auf natürliche Produktionsverhältnisse sehr wohl mit dem Ausland erfolgreich konkurrieren.

Paris, 15. Juli. (Radio.) Die hier vorliegenden Nachrichten von der Bedrohung von Fez durch die Rifabalen sind bisher nicht widerlegt worden. Die spanische Militärunterstützung hat die Verbreitung dieser Meldung über die Bedrohung von Fez ebenfalls gestattet.

„Kurz“, schloß ich, „um was ich bitte, ist nur dies, daß der Baron mit die Hände frei trachte.“

„Ah, was für Pedanterie und was für Spitzfindigkeiten! Und woan brauchen Sie sich zu entschuldigen? Nun, geben Sie es nur zu, Monsieur . . . Monsieur . . . daß Sie die ganze Geschichte absichtlich ins Werk gebracht haben, um den General zu ärgern . . . aber vielleicht hatten Sie noch irgendwelche besondere Absichten . . . mein lieber Herr, verzeihen Sie, ich vergaß Ihren Namen, Herr Alexis, nicht wahr?“

„Aber erlauben Sie, mein lieber Marquis, was geht Sie das an?“

„Aber der General . . .“

„Und was geht es der General an? Er redete gestern so etwas, er muß seine Sichtung wahren . . . und dabei war er so ängstlich . . . aber ich habe nichts davon bestritten.“

„Es ist da . . . es liegt da gerade ein besonderer Unfall vor“, fiel der Grieux in bittendem Tone ein, dem aber immer mehr der Argwohn anhing. „Sie kennen Mademoiselle de Cominges? . . .“

„Sie meinen Mademoiselle Blanche de Cominges . . . und seitens Ihrer Mutter . . . Sie müssen selbst zugeben, der General



Lübeck-Travemünder Rennklub e. V.  
Reit- und Spring-Turnier

Travemünde  
Leuchterfeld  
Freitag, den 17. Juli  
Sonnenabend, den 18. Juli  
Sonntag, den 19. Juli

Luisenlust  
Stieg: Gr. Tanzkränzchen  
Eintritt und Tanz frei.

Adlershorst  
Heute Donnerstag  
Tanzkränzchen

## Öffentliche Ziehung in Lübeck

unter amtlicher Aufsicht

**Städtischen Mittwoch, 22. Juli**

findet bekanntlich im grünen Saal des Stadttheaters ab 8 Uhr vormittags die Ziehung der Lübecker Volkswohl-Loterie statt. Benutzen Sie die Gelegenheit zum schnellen Erwerb wertvoller Gewinne und kaufen Sie sich noch heute Ihre Lose, welche überall erhältlich sind

Städtische Lotteriescheine **R. Janssen** Postfach 3550 Johannisstraße 18

**Stadthallen-Garten**

Inh.: C. HANSCHEN  
Täglich von 4-11 Uhr

**Garten-Konzerte**

Sonntag von 11-1 Uhr:  
**Früh-Konzerte**  
Dienstags und Freitags:  
**Ball-Abende**  
Verdeckte Veranden Diners im Garten

**Baugewerks-Bund**  
Zahlstelle Schwartzau

**Einladung zum Ball**

am Sonnenabend, 18. Juli 1925  
im Gedings Gaffhof, Reinbek  
Anfang 7 Uhr.  
Hierzu lädt ein Das Komitee.

## Freistaat Lübeck

Donnerstag, 16. Juli.

### Wort und Tat.

Wir alle sprachen wundervolle Worte vom Aufstieg einer neuen Zeit. Doch nie erschloß sich uns die Pforte zum Himmel hoher Menschlichkeit.

Ein schwarzer Mantel hängt noch um die Erde, die alten Hütten sind noch nicht geprägt. Der Held von einst auf gutgezumtem Pferde hat lange müde schon sein Schwert gesetzt.

Bereinigt nur noch sah ich Kinder spielen. Die bauten bunte Inseln in den Sand, und hier und dort, wenn gute Tage sieben, sah ich verkrampft zuweilen eine Hand.

Wir alle müssen endlich uns befreien! Auf dürem Boden wächst nur dürre Saat. Drum, was wir wollen, müssen wir beginnen, denn dann erst wächst das Wort zur Tat.

J. H. C. Büttner.

### Ein deutsches Liederbuch.

Fregendwo konnte man fürchtlich lesen, daß die literarische Produktion Deutschlands unverhältnismäßig höher sei als die anderer Länder. Damit ist für jeden „guten Deutschen“ der Anspruch Deutschlands, unter den Kulturrationen an erster Stelle zu rangieren, gegeben. Man bedenke doch: mehr Bücher als Frankreich, mehr als England! Darin muß sich doch eine überragende Kultur manifestieren! Wir wollen die Leistung nicht schmälern, wenngleich wir den bangen Zweifel nicht unterdrücken können, die technische Leistung möchte erheblich höher sein als die geistige. Mit anderen Worten: es ist außerordentlich viel Schund gedruckt worden! Mit einem dieser Druckerzeugnisse, das statistisch immerhin mitgeholfen haben muß, im Herzen des „guten Deutschen“ den Ruf Deutschlands als erste Kulturration sicherzustellen, möchten wir uns hier etwas näher beschäftigen. Dieses kleine Büchlein ist ein großes Spiegelbild davon, wie sich „nationale Gejähnung“ und „Kultur“ in nicht wenigen deutschen Hirnen äußert.

Das Büchlein, das von der Verlagsanstalt „Synnophon“ Berlin C., herausgegeben ist, führt den Haupttitel: „Wohnt Du denn bei Deiner Mutter?“ Die Untertitel sind nicht weniger rührend. Wir greifen aus der Fülle, die den Einband zieren, folgende heraus: „Der Harem auf Reisen“; „Wenn Deine Frau‘nen andern läuft“; „Tanzend läuft Weinchen“; „Einmal kannst Du nicht“ — und einmal willst Du nicht.“

Vorweg: es handelt sich um ein deutsches „Liederbuch!“ Ein Kurt Schwabach schlägt: „Aimee, Aimee, Aimee, wenn ich dich vor mir seh — dann fühl ich tausendmal ein Bachanat von vornher Qual!“ Ein Rudolf Schanze ist nicht so „lyrisch“. Er singt: „Zur Liebe gehört doch auch ein bisschen Musik, ein bisschen Gedulde und ein bisschen Gequie.“ Ein anderer unter und kultivierter Deutscher lädt „ein Kind vom Seelenadel“ sagen: „Ich geh auf den Gedankenstrand.“ Eine beachtliche Kulturstufe erreicht ein Harald von Stein, der den Kehreim schuf: „Ich noch‘l ein Würstchen mit Senf beschmiert, ich brauch‘ was Wurst, weil mich friert, ich möcht‘ gern auf allen Liebesdurst, ich möcht‘ ne Wurst, ich möcht‘ ne Wurst.“

Gleich dahinter steht ein L. Seewaldi ins deutsche Horn: Feindliche Völker stehen am Rhein, möchten die Herren gerne dort sein. Wir sind gefesselt, doch deutscher Sinn ähnelt der Seebe, Sonn‘ ist darin, Glaubt nur, die Zeiten sind nicht mehr fern, wo wir am Rheine wieder die Herrn!“

Auf dieser „Höhe“ geht’s zunächst eine Weile so weiter: „Schak, Klingel doch mal bei mir an, und sag, wann ich dich treffen kann! Ich gebe dir nein Ehrenwort, und wär‘ bei Koch, ich komm sofort.“ Aus tiefler Erfahrung bricht gleich ein anderer aus: „Was hat man denn schon von der Freude, die schüttet man erst, wenn man sie braucht!“

Was? Das ist ein geradezu wundiges Bekenntnis. Wie darf man das wohl deuten? Darf man das nicht als Bekennnis des nun doch nachgewiesenermaßen „kulturträchtigen“ nationalen Kreises werten? Jedenfalls hat Otto Sprinzl schon recht, wenn er seine Schöpfung überschreibt: „It das ‘ne Pleite!“

Die richtige Pleite in diesem Büchlein kommt aber erst. Es steht an einer Stelle: „Reich nur dein Mündchen, Schak; gib mir‘nen süßen Schmaß. Auf deinem Rosenmund, küß‘ ich die Lippe‘ mit wund...“

Und dann, ja dann . . . bitte, mehr Ehrfurcht, teurer Leser!

Reichspräsident Hindenburg.

(Marschlied.)

In diesem würdigen Rahmen genügt es, den Refrain zu nennen: „Ja, unter Hindenburg, der wird’s schon machen, der wird der Welt schon zeigen, was es heißt — das Recht erkämpfen, nicht mit unsern Waffen — nein, mit dem Geist! Dem alten deutschen Geist!“

Soll das etwa dieselbe „Geist“ sein, der hinter benannten Kreislauf auf Hindenburg wie folgt bestellt ist: „Einmal kannst du nicht, und einmal willst du nicht!“????? Das ist also echter deutscher Geist?? Nein, nein! Der Mann hat recht, der da schrieb: „It das ‘ne Pleite!“

Ein neues Warnungssignal der Straßenbahn. Von der Straßenbahn ist an der Einmündung der Braun-, Fisch-, Alsf- und Mengstraße in die Untertrave jeweils auf der rechten Seite den gerauteten Straßen nach der Untertrave weichen, ein Lichtsignal angebracht worden, welches der Führer von Wagen anzeigen soll, daß ein Straßenbahnwagen in unmittelbarer Nähe der betreffenden Straßenmündung in die Untertrave vorbeifährt.

Seefahrtschule. Auf der hiesigen Seefahrtschule beginnen am nächsten folgende Prüfungen: Am 20. Juli zum Seemachinisten 1. Klasse; am 20. Juli zum Seemachinisten 2. Klasse; am 22. Juli zum Seemachinisten 3. Klasse; am 22. Juli zum Seefähnrichen 4. Klasse; am 3. August zum Schiffer auf kleiner Fahrt; am 10. August zum Schiffermann; am 10. August zum Schiffer auf großer Fahrt. Anmeldungen unter Beifügung der vorgeschriebenen Nachweise sind zu richten an den Direktor der Seefahrtschule Lübeck.

Bon der Lübecker Frauengruppe des Deutschen Vereins gegen Alkoholismus wird uns geschrieben, daß am Freitag, dem 7. Juli, an der Drehbrücke (Engelsgrube, Ecke Untertrave) die neu errichtete Kaffeehalle eröffnet wird. Es ist ein geräumiger Raum mit einer Küche und zwei heizbaren Außenhallen, in denen der den Hafenarbeiter und den Angestellten der Kaufmanns- und Industriebetriebe dieses Stadtteils willkommen belegene werden kann, gute und billige alkoholfreie Getränke, Kaffee, Milch und Kaffee sowie auch Gebäck zu genießen.

## Die Reichskurzschrift.

Es ist Friede geblasen auf dem Gebiete des stenographischen Systemstreites. — Wird Friede werden?

Der Reichstag hat in seiner Sitzung vom 16. Mai eine Entscheidung von seitener Tragweite getroffen, als er die Einheitskurzschrift im Hinblick auf die Wichtigkeit der Kurzschrift und den Wiederaufbau Deutschlands begrüßt und die Stenographen, wie alle an der Kurzschrift interessierten Kreise aufforderte, unter Voransetzung des Gesamtinteresses auf den Boden der neuen Tatsachen zu treten und für die alsbaldige restlose Durchführung der Einheitskurzschrift zu wirken. Gewiß sind die Beschlüsse dieses höchsten deutschen Parlaments in den weitaußen meisten Fällen von außerordentlichem Belang; besondere Bedeutung kommt aber zweifellos den genannten Beschlüsse zu. Die Geschichte der deutschen Stenographie ist noch verhältnismäßig jung. Es ist noch nicht einmal ein Jahrhundert vergangen, seit der Begrüter der deutschen Stenographie, der Münchner Franz Xaver Gabelsberger, mit seinen bezaubernden Schriftzügen an die Öffentlichkeit trat und damit dem deutschen Volke auf dem Gebiete der Schriftvereinfachung einen neuen Weg wies. Sein System nahm einen Siegeszug durch Deutschlands Gaue und deutschsprachige Lande.

Leider zeigte sich wie oft bei ähnlichen Anlässen auch auf dem von Gabelsberger betretenen Neuland deutsche Unzufriedenheit und deutsche Eigenbrötterei. Weil dem einen dies, dem anderen jenes nicht gefallen möchte, fühlten sich viele Männer unseres Volkes berufen, eigene Stenographiesysteme zu ersinnen und dafür zu werben. Das hatte zur Folge, daß man zurzeit gegen 400 deutsche Stenographiesysteme zählen kann, von denen allerdings nur ein geringer Prozentsatz Bedeutung erlangt und Anhänger gefunden hat. Welch kostbares Gut an Geistesfrucht, Zeit und Geld ist dadurch dem deutschen Staats- und Wirtschaftsleben verloren gegangen, wenn auch der Systemstreit hinsichtlich der Verbreitung der Kurzschrift manches Gute gehabt haben mag. Also auch hier des deutschen Volkes Eigenart: Zersplitterung — neben ihr aber auch der Drang nach Einheit und Einigkeit.

Gegen Ende des vorigen Jahrhunderts nahm die Einheitsbewegung ihren Anfang, als im Jahre 1897 die nach Gabelsberger entstandenen und neben ihm größten Stenographieschulen Stolze und Schrey vereinigten, um fortan gemeinsam unter der Flagge Stolze-Schrey zu marschieren. Durch diesen Zusammenschluß stellte sich dieses neue System als zweite stenographische Großmacht neben das Gabelsbergerisch. Endgültig kam der zur Einheit führende Stein ins Rollen, als sich im Jahre 1906 in Eisenach eine Anzahl Vertreter der wichtigsten deutschen Stenographieschulen versammelten, um über die Möglichkeit einer Einigung zu raten und zu taten. Man beschloß dort u. a. die Hilfe der Reichsregierung anzuordnen, wohl in der Hoffnung unter ihren Mitteln am besten und schnellstens zum Ziel zu gelangen. Der Reichsregierung gebührt Dank dafür, daß sie damals den Stenographen freudig die Hand zur gemeinsamen Arbeit bot. Es haben dann die führenden Männer der deutschen Stenographenwelt zunächst in aller Stille manch lauer Arbeit geleistet, eind daß das Hauptstreben jedes Systemvertreters dahin, möglichst im System unverändert oder mindestens recht viele von ihm für die Einheitskurzschrift zu retten. Doch war von vornherein die Einigung aus eines der vorhandenen Systeme ausgeschlossen, und es galt um der großen Sache willen manches zu opfern, was den erprobten Fachmann an seiner Schriftform lieb und wert war. So haben sich dann fast zwei Jahrzehnte hindurch die be-

fähigsten Männer der führenden Stenographieschulen anfangs im sogen. 23er, später im 11er-Ausschuß (der letztere bestand nur noch aus Gabelsbergerianern und Stolze-Schreyianern) über das „Wie“ eines deutschen Einheitsystems die Köpfe zerbrochen. Es wurde gefügt und gefeiert, geprüft und verworfen, wobei u. a. im Jahre 1922 der sogen. Juli-Entwurf zu stande kam, der sich auf eine Schriftung festlegte, die einen Kompromiß zwischen der Gabelsbergerischen und Stolze-Schreyischen Schule darstellte.

Die Regierung, die sich in diese Arbeit der Praktiker zunächst hineinengte, ließ jedoch die Entwicklung nicht aus dem Auge, und so kam es, daß im Herbst 1924 der eben erwähnte Juli-Entwurf von 1922 zur deutschen Einheitskurzschrift erhoben wurde. Kurz darauf — im Oktober 1924 — fand eine Konferenz der Reichs- und Länderregierungen statt, in der Richtlinien für die Durchführung der Reichskurzschrift festgestellt wurden, von denen erwähnt sei, daß von Ostern 1926 ab in allen deutschen Schulen, in denen schon bisher Stenographieunterricht erteilt wurde, nur noch die Reichskurzschrift gelehrt werden darf. (In verschiedenen Ländern ist die Einführung inzwischen schon Ostern 1925 erfolgt.)

Diese Beschlüsse waren denjenigen, die in dem Juli-Entwurf nicht das fanden, was sie sich als Einheitskurzschrift wünschten, denn doch zu viel. Es brach im gegnerischen Lager ein Entzündungssturm los und im Blätterwald der Fach- und Tageszeitungen erschallten die Stimmen der Anhänger — mehr aber noch der Gegner. Ähnlich wie im politischen Wahlkampf gewöhnen die Wogen hoch, leider auch nicht immer mit der nötigen Sachlichkeit und Objektivität. In allen möglichen Gründen wurde gezogen, kleine Schwächen bauchte man auf u. a. in. Die letzte Hilfe für die Durchbringung der gegnerischen Blätter erhoffte man sich von der Anwendung der politischen Parteien. So wurde die Entscheidung in die Hände des Reichstags als der maßgebenden Vertretung des deutschen Volkes geplaut. Der Reichstag stellte sich nach einigem Hin und Her in seinem Bildungsausschuß in der Sitzung vom 16. Mai dieses Jahres aber — wie bereits eingangs erwähnt — unzweideutig auf den Boden des Einheitssystems in der festgesetzten Form.

Nun steht das deutsche Volk seit kurzem vor der Tatsache einer deutschen Einheitskurzschrift. Es ist mit wenig Worten nicht zu sagen, welche staatspolitische Bedeutung dies hat und welcher wirtschaftliche Gewinn daraus dem deutschen Volk erwachsen wird. Außer Zweifel steht jedoch, daß unseres Volks und Kaiserlands aus dieser Tatsache reicher Sezen eisernen kann und wird. Das kann selbsterklärendlich erst nach und nach geschehen und wird durch die Einführung der Reichskurzschrift in den Schulunterricht wahrscheinlich von unten heraus geschehen. Zuerst ist zu hoffen und zu wünschen, daß die bisher förmlich zueinander stehenden Stenographenbrüder sich unter Hinstellung selbstlicher Interessen zu gemeinsamer Aufbauarbeit die Hände reichen. Um so schneller wird dadurch die neue Schriftform im Lande der nächsten Jahre Allgemeingut unseres Volkes werden.

Ein besonderes Verdienst an dem endlichen Sieg des Einheitssystems hat sich übrigens unser Gen. Heinrich Schulz als Staatssekretär für Kulturfragen erworben. Seiner Jährlaft gelang es vor allem die zärtlichen Widerstände zu überwinden. Zum Dank dafür hat man ihm den Stuhl vor die Tür gesetzt; aber dieser Erfolg wenigstens ist doch nicht rückgängig zu machen.

treffen, wie im letzten Jahre, bei unserer Treuvermündet War- derung. Wir hatten ja andere Erfahrungen.

Der Empfang der Kinder geschah in Lübeck durch die Kinderfreundehelfer. Eingend zogen wir in die Herbergen. Die Augen der Herbergsmütter wurden gerade nicht lachender, wie sie die Arbeit noch spät am Abend befannten. Geduld, Geduld, und bald herrschte die Nachtruhe!

Um nächsten Morgen um 7 Uhr regten sich schon die kleinen Hände der Helfer. Alle Kinder wurden im Gewerbeschulhofs bewirtet und der Kaffeestisch sollte noch mit Brot und gebratenem Käse garniert werden. Punkt 8 Uhr erschien die Kinderchor. Ausgeruht und fröhlig. Die geliebten Brüder der Geschäftsbürodiener mündeten den Kindern gut. Nach dem Kaffee wurden die Stadtkleidungen vorgenommen. Hier hätten wir mehr Helfer haben müssen, maar Genosse war sicher erstaunt, daß wir mit der Bitte kamen, eine Führung zu übernehmen! Wie tief die Eindeut von unserer Stadt ist, konnte ich leider nicht feststellen, es waren Kinder dort, die schon von dem neuen Leben so lebendig und angeregt waren, daß sich die Fragen überzusetzen.

Um 1 Uhr trafen die Kinder wieder im Gewerbeschulhaus zusammen und nahmen an dem gemeinsamen Mittagessen teil.

Um Morgen war es uns noch gelungen, den Gen. Blanke und verschiedene Kameraden der Reichsbannerapelle für den Nachmittag zu gewinnen. Um 2 Uhr hatten sich dann auch unsere Abteilungen eingefunden, die Fahrzeuge wurden verteilt, und unter den lustigen Klängen der Musik zogen die 200 Kinder nach Suniamshof, um dort frohe Stunden im Spiel zu verleben. Der Konsumverein hatte uns Getränk geschenkt, dieses verteilten wir dort, denn die Sonne lachte vom Himmel und machte die Kinder durstig.

Gegen 5 Uhr mußten unsere Freunde leider schon an Bord gehen denken. Der Zug fuhr um 6 Uhr, der die Kinder wieder in die Heimat und zu den Eltern bringen sollte.

Wir waren wieder ein stattlicher Zug, der zum Bahnhof zog. Unsere Lübecker Kinder gaben den Freunden noch das Gelebt und unter frohen „Frei-Heil“-Rufen betrat den Lüneburger Bahnhof.

So die Fahrt! So die Arbeit! Genossen und Genossinnen, die den Kinderzug läden, die fühlen, daß die Jugend marschiert, müssen doch einen großen Fortschritt sehen. Wie war eure Fahrt? Haben unsere Kämpfe nicht doch großen Wert, wenn durch sie ein neues Geschlecht, frische, freie Menschen herangezogen werden? Heut ist die Arbeit beendet, die Arbeiterwohlfahrt und die Kinderfreunde haben wieder gezeigt, daß sie helfen und Freude bereiten.

Der Genosse Kröger hat recht, wenn er sagt: „Dank für alle Mühe und Arbeit müssen die leuchtenden Kinderäugen sein.“

Als aber, die wir diesen Tag mit den Kindern verleben konnten, soll der Glaube sein „Freude gegeben und Freude empfangen zu haben.“

Dieses ist Aufgabe der Arbeiterwohlfahrt und der Kinderfreunde.

## Umschau.

n. Im Central-Theater läuft diese Woche ein großes Programm. Eröffnet wird die Vorstellung durch Gesangsvorträge von Erna Ratpira. Durch ihre angenehme Stimme und deutsche Ausdrücke erobert sich die Sängerin leicht die Gunst des Publikums. Hierauf folgt „Golly“ und „macht Bekanntschaften“ in einem Akt, über den Tränen gelacht werden. Das zweite Lustspiel „Monty Banks als Amateurtrotz“ ist auch nicht über-

Ferner ist im Betrogramm noch der zweite Stierkampf in Schleswig. In sehr guten Aufnahmen werden hier die Züchtungen dieser Stiere gezeigt, dann die Stierkämpfe in verschiedenen Phasen, von dem feierlichen Einzug der Toreros mit ihrem gesamten Anhang bis zur Niederkämpfung des Stiers und Huldigung des Toreros. Das Halbjahrprogramm des Abends ist der Großfilm "Das geheimnisvolle Haus". Die Dewesti-Film-Gef. hat sich bemüht, hier etwas Besonderes zu schaffen. Da ferner als Hauptdarsteller noch Iwan Moskulin und Nikolai Koskin mitwirken, ist die Gewähr gegeben, das hier wirklich etwas gehabt wird. Der zweite Teil dieses Großfilms wird in der nächsten Woche gegeben. Hervorheben möchten wir hier noch die reizenden und wohlgelungenen Silhouettenbilder. Kinozuschauende werden in dieser Vorstellung durchaus auf ihre Rechnung kommen.



## Kartei-Machrichten

**Sozialdemokratischer Verband Lübeck**  
Sekretariat Johannisstr. 48 I. Telefon 2449

Sprechstunden: 11-1 Uhr und 4-7 Uhr Sonnabends nachmittags geschlossen

Sozialdemokratischer Bezirksverband Mecklenburg-Vorpommern. Unsere Ortsgruppenvorstände richten wir die dringende Bitte, die Abrechnung und Beiträge umgehend einzusenden.

J. A.: Karl Brehmer.

Schleswig. Freitag, den 17. Juli, abends 7½ Uhr bei Saborowski Mitgliederversammlung. Vortrag des Gen. Göhr.

## Sozialdemokratische Frauen.

Donnerstag den 16. Juli, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Erscheinen wichtig. Delegiertenwohl. Der Vorstand.

## Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Bureau: Johannisstraße 48 II.

Geburt von 5 bis 7 Uhr nachmittags



2. Abteilung. Sonnabend, den 18. Juli, Abtreten 7½ Uhr Johannisstr. (Dienstanzug). Ausflug am Sonntag fällt aus. Alle Kameraden müssen erscheinen.

13. Abteilung. Moisling. Wichtige Zusammenkunft am Montag, dem 20. Juli, abends 8½ Uhr im "Kaffeehaus". Neuerteilung der Gruppen. Kameraden, die verhindert sind, haben darüber zu entschuldigen. Die Jugendabteilung tritt pünktlich um 7½ Uhr an.

Stockelsdorf. Sonnabend, den 18. Juli, abends 8 Uhr, Versammlung im Vereinslokal. Alle haben zu erscheinen.

## Gewerkschaftliche Mitteilungen.

Achtung, Gewerkschaftsverbände und Funktionäre! Dieziehung der Volkswohl-Lotterie findet am 22. Juli statt. Bis 21. Juli, spätestens abends 6 Uhr, muss mit den verlaufenen Losen abgerechnet sein, die bis dahin nicht verkauften Lose an den Gewerken Mainz abgeliefert werden. Nach diesem Termin können keine Lose mehr zurückgenommen werden.

Achtung, Arbeitsschüler-Zugend! Die Kollegen, die am Reichsschindfesten der Arbeitsschülerjugend am 8. und 9. August in Hamburg teilnehmen, werden dringend gebeten, sich bis Freitag abends 5 Uhr beim Kollegen Leis, Tüttensee Querstraße 11 II, zu melden. Kostenpunkt: Fahrgeld, Festkarte und evtl. Quartierauf 1,50 M. Mit Jung Frei! Der Jugendvorstand.

Achtung, Arbeitsschüler-Zugend! Am Freitag, dem 17. Juli, abends 7½ Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus. Alle Mandatenträger müssen erscheinen, auch die, die noch kein Instrument besitzen. Befreiung der Übungsstunden.

Achtung, Gewerkschaftsverbände! Die Karten für das Fest der Arbeit sind umgehend im Sekretariat des Ortsausschusses in Garbsen zu nehmen. Der Vorstand des ADGB.

Achtung, Fabrikarbeiter! Die Belegschaft der Firma Billeroy & Boen-Dänischburg ist wegen Lohndifferenzen in den Streik getreten. Zugang ist fernzuhalten.

Verband der Fabrikarbeiter.

## Ankündigende Gebiete

### Mecklenburg

Selmsdorf. Am Sonnabend, dem 18. Juli veranstaltet der Arbeiter-Sportverein Selmsdorf im Lokale des Gastwirts Bederig einen Luntens Abend, bestehend in Gefangen vorträgen, Couplers, Solisten, Theater usw. Als Hauptslager des Abends gelangt das große Werk "Freie Fahnen den Lüftlingen, oder die neue Wetterfahne". Soziales Bild in 4 Aufzügen zur Aufführung. Anfang 8 Uhr. Ende? Alle Freunde und Gönnner sind hierzu herzlich eingeladen. H. St.

G. Schönberg. Vor der Bürgermeistervorwahl. Im Schönberger Tageblatt trittet ein bürgerlicher Beobachter des Kreisgebietes die Verwaltungsvorherrschaft der Stadt Schönberg. Dabei fehlt es nicht an bitteren Wahrheiten. So kommt es zu dem Ergebnis, daß die Kosten für die Verwaltung der Stadt in Schönberg ihrer geringen Einnahmen viel zu hoch sind. Das Gefühl des Bürgermeisters scheint allerdings viel

Kopfzerbrechen zu machen und ein großes Rätselraten jetzt im ganzen Ort in allen Kreisen ein. Der heimige Bürgermeister ist von der bürgerlichen Mehrheit gewählt worden. Die Sozialdemokraten hatten i. d. R. einen nichtstudierten Bürgermeister zur Wahl präsentiert, der die Sekretärarbeiten mit erledigen sollte. Das Gehalt des Bürgermeisters sei beträgt mit Aufwandsentschädigung und anderen Zusätzen die Kleinigkeit von 10.102,50 M. im Jahr) ist i. d. R. von den bürgerlichen Stadtverordneten bewilligt worden, als die Sozialdemokraten obstruktionistisch den Sitzungen fernbleiben. Jetzt scheint in den bürgerlichen Kreisen eine andere Auffassung zu halten, nachdem diese Kreise es spüren, daß die jetzt schon zu hohen Grund- und Baufahrten noch um etwa 100 % erhöht werden müssen, wenn sich die Stadt diesen teuren Verwaltungsapparat noch weiter leisten sollte. Die heimige Arbeiterschaft wird dem weiteren Entwicklungsgang im bürgerlichen Lager mit der größten Ruhe entgegensehen und bei gegebenem Zeit ihren von Anfang an vertretenen Standpunkt verfechten, daß für den heimigen Ort die Verwaltungsfosse ganz gewaltig herabgesetzt werden müssen und dazu wird ja ohne Zweifel die bevorstehende Bürgermeisterwahl die beste Gelegenheit bieten.

## Hannover

Harburg. Mit dem Tode bestrafster Reichsführer. Einem übermüdeten Streich mit dem Tode bezahlt hat hier ein hiesiger Arbeiter, der sich zusammen mit anderen Männern damit beschäftigte, daß er am Fuchsberg Liebespaare ausschlössen und belästigte. Dabei geriet er bei einem Mann an die falsche Adresse. Da dieser einen Arbeitsschüler fürchtete, zog er seinen Revolver und schoß los. Der Belauscher erhielt einen Bauchschuß, an dessen Folgen er im Krankenhaus gestorben ist.

## 15. ordentlicher Verbandstag der Fabrikarbeiter.

### 7. Verhandlungstag.

Leipzig, 11. Juli.

Die Beratungen über die Anträge zum Statut werden fortgesetzt. Die vom Hauptvorstand vorgelegten Sätze der Gewerkschafts- und Streikunterstützung werden in namentlicher Abstimmung mit 98 gegen 79 Stimmen angenommen. Ebenso wird in namentlicher Abstimmung mit 105 gegen 78 Stimmen ein Antrag angenommen, den Verbandstag nicht aller zwei, sondern drei Jahre stattfinden zu lassen. Das Streikreglement wurde gegen 2 Stimmen und das Gesamtstatut gegen 10 Stimmen angenommen. Das neue Statut tritt am 1. Oktober 1925 in Kraft. Die Anträge, die sich mit der Schaffung einer Pensions-, resp. Invalidenfasse befassen, sind dem Vorstand zur Beurteilung überwiesen worden. Als Ort des nächsten Verbandstages wurde Hamburg bestimmt. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt, ebenso wurde den von der Geschäftskommission vorgelegten Gehaltsfällen einstimmig zugestimmt.

Damit hat der Verbandstag seine Arbeiten beendet. Genossen Freig. habt in meiner Schlussanrede die Bedeutung der geleisteten Arbeiten hörn, zumal die Arbeiten nicht in allen Fällen ausschließlich der Organisation, sondern darüber hinaus der gesamten Arbeiterbewegung galten, wie dies in den Entschließungen zur Frage der Arbeitszeit und der Sozialgelehrtebung zum Ausdruck kommt. Von den Statutenberatungen kann man ohne Widerspruch feststellen, daß sie würdig und ernst waren. Er kann wohl dem Wunsche Ausdruck geben, daß auch diejenigen, deren Votum nicht berücksichtigt worden ist, hinter den gefassten Beschlüssen stehen. Arbeiten und Wirken für unsere Organisation ist jetzt die Aufgabe, vor die jeder gestellt ist, der es mit dem Auftieg der Arbeiterschaft ernst meint.

Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen und stimmen begeistert in ein dreijähriges Hoch auf die Organisation ein, mit gleicher Begeisterung wird die 1. Strophe der Internationale gesungen und damit ist der Verbandstag geschlossen.

## Wetterbericht der Deutschen Seewarte

Vorher sage für den 16. und 17. Juli.

Schwache Winde aus wechselnden Richtungen, heiter bis wolzig. Temperatur unverändert.

## Arbeiter-Sport

Alle Zulieferer für diese Anzahl sind an den Sportigen Max Gottschalk, Gr. Göttschestraße 32 nach i. am die Revision des Lübecker Volksboten zu richten.

Arbeiter-Turn- und Sport-Verein. Frankfurtfahrer müssen bis spätestens Sonnabend, 18. Juni, 2,40 M. Fahrgeld für Fahrt Lübeck-Hamburg an Genossen Jahnke, Teichstraße 4, abgeliefert haben. Der Turnwart.

Touristen-Verein "Die Naturfreunde", Ortsgruppe Lübeck 17. u. 18. 7.: Nachwanderung Schwartau-Scharbeutz-Travemünde-Prora. Abfahrt am 17. abends 10.10 vom Markt. Führer: K. Schuster. 22. 7.: Abendwanderung Watenbüttelniederung. Treffen 8 Uhr Poststelle Brücke. Führer: Wollenhauer. 26. 7.: Einfahrt Kasseedorfer Tannen. Treffen 7 Uhr Bahnhof. Kosten 2,50 M. Führer: K. Schuster.

F.S.V. alte Herren — A.T.V. alte Herren.

Allen Sportfreunden zur Kenntnis, daß das Retourspiel obengenannter Mannschaften am kommenden Sonnabend, dem 18. Juli, abends 7½ Uhr auf der Hafencampwiese stattfindet. Es werden wiederum die bekannten Kanonen von jedem der beiden

Vereine gegenüberstehen, und manch heiterer und interessanter Moment wird den Zuschauern geboten. Da der Eintrittspreis niedrig gehalten ist, ersuchen wir alle Sportfreunde, die älteren Partei- und Gewerkschaftsgenossen, sich dieses Spiel anzusehen. R. Sch.

Achtung A.T.V.-Fußballabteilung! Es wird nochmals auf die am Freitag, dem 18. ds. Mon., abends 8 Uhr stattfindende Monatsversammlung hingewiesen. Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es zur Pflicht, daß jedes Mitglied erscheinen muß. R. A.

## Schiffsnachrichten

Lübeck-Linie A.G.

D. "Sankt Jürgen", Kapit. Erich Bon, ist am 18. Juli, 7 Uhr abends, von Riga nach Lübeck abgegangen und dort am 14. Juli, abends, angelommen. Angelommene Schiffe.

15. Juli.

Schwed. S. National, Kapit. Hansson, von Schleswig, 1. Tag. Deutsch. D. Helgoland, Kapit. Brinkmann, von Kolding, 1. Tag. Begr. 1½ Tage.

16. Juli.

Deutsch. D. Dora, Kapit. Klingenberg, von Riga, 1½ Tag. Deutsch. D. Rickfort Otto, Ippen 17, Kapit. Österreich, von Kiel, 12 Std. Schwed. S. Harry, Kapit. Johansson, von Lübeck, Steine, 6 Tage.

Abgegangene Schiffe.

15. Juli.

Schwed. D. Lübeck, Kapit. Carlsson, nach Gothenburg, Stückg. Deutsch. D. Öderstrom, Kapit. Rögn, nach Gothenburg, Stückg.

16. Juli.

Dän. S. Brigitte, Kapit. Petersen, nach Aalborg, Salz. Dän. S. Apollo, Kapit. Albertsen, nach Aalborg, Salz. Schwed. S. Mossie, Kapit. Nilsson, nach Köge, Salz.

Lübeck-Wiburger Dampfschiffahrt-Gesellschaft.

Dampfer "Bürgermeister Schenck", ist am 14. Juli, 2 Uhr morgens, in Wiborg angelommen.



## Kunstfunk-Programm

Hamburger Sender — Wellenlänge 395 Meter

Freitag, 17. Juli.

5.45 Uhr vorm. Uhzeitzettel. — 5.50 Uhr vorm. Wetterfunk. — 6.30 Uhr vorm. Landwirtschaftliche Meldungen. — 6.50 Uhr vorm. Sehze-Drahtmeldungen. Wetterfunk. — 7.00 Uhr vorm. Fünf Minuten Mecht und Utrecht. — 12.15 Uhr nacht. Funkhörer der Post. — 11.30 Uhr nacht. Lüneuer Zeitzeichen. — 1.10 Uhr nacht. Schiffsfunkstund. — 2.00 Uhr nacht. Bremer Wetterbericht. — 2.05 Uhr nacht. Hafenfunk der Bremer Post. — 2.45 Uhr nacht. Funkhörer der Post. — 3.00 Uhr nacht. Die Wirtschaft im Fun. Die Funkhörer der Post. — 4.00 Uhr nacht. Die Schiffsfahrt im Fun. Luftverkehrsdienst. — 4.15 Uhr nacht. Maritimen Charakteristiken. — 5.05 Uhr nacht. Hamburg. Funkstunde für kleine kleinen. — 6.05 Uhr abends. Schule der Landwirtschaft. Sektorberichte im Gartenbau. — 7.45 Uhr nacht. Hamburger Frucht- und Gemüsemarkt. — 7.55 Uhr abends. Wetterfunk. — 8.00 Uhr abends. Schachfunk der Post. — 8.30 Uhr abends. "Bünder Mens". Niedersächsisches Drama in 5 Akten. — Tanzfunk. Der Tanz-Sportbericht.

Verantwortlich: Für Politik u. Weltwirtschaft: Dr. Fritz Solmitz. Für Freizeit und Freizeitkunst: Dr. E. Dr. Solmitz. Für Literatur: Carl Bischardt. Verleger: Carl Bischardt. Druck: Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

## Zudem das Geine!

Dieser schöne Grundsatz kann mitunter am großen Familientisch nicht gut durchgeführt werden. Es ist daher sehr angenehm, wenn die Hausfrau von vornherein richtig einteilen kann. Mit

## Obst-Törtchen

nach folgendem Oetker-Rezept können Sie dies leicht erreichen!

(656)

### Zutaten:

100 g Butter	1 Tasse Milch
100 g Zucker	1 Packchen Dr. Oetker's Backpulver "Backin"
500 g ehl	Saft und Schale einer Zitrone.
2 Eier	Wie billig sich die Törtchen stellen, kann jede Hausfrau selbst sehr leicht berechnen.

Zubereitung: Die Butter röhrt man zur Sahne, fügt Zucker, Eigelb, das Abgeriebene und den Saft einer Zitrone, zuletzt das mit dem Backin gemischte und gesiebte Mehl und die Milch hinzu. Man verarbeitet alles zu einem festen Teig, rollt denselben dünn aus, sticht mit einem Weingläser dünnen Scheiben aus, formt aus dem Rest des Teiges dünne Teigböden und legt diese als Rand auf die kleinen Tortenböden. Die Törtchen werden auf ein gefettetes Blech gesetzt und hellgelb gebacken. Die fertigen Törtchen belegt man mit gekochtem Obst wie Stachelbeeren, Erdbeeren, Kirschen, Zwetschken usw. Den Obstsaft verdickt man mit Dr. Oetker's Gustin und gibt ihn noch warm über die Früchte. Die Obst-Törtchen halten sich, in einer Blechdose aufbewahrt, längere Zeit frisch, man belegt sie jedoch erst am Tage des Gebrauchs mit Obst.

Verlangen Sie vollständige Rezeptbücher kostenlos in den Geschäften, oder wenn weigraffen, umsonst und portofrei von

**Dr. A. Oetker, Bielefeld**

Fernsprecher:  
**8442**

Neue geschlossene und offene elegante Karten für Fahrzeuge u. Motorräder. Wohl. Wiesenhofstr. 1, Lübeck, Parade 1

**Käseerie Bad Schwartau**  
Gaußstraße 1  
liefert Milch und Milchprodukte in hoher Qualität

**Grünendöhl**  
HOLSTENSTRASSE

**Schuhmeier**  
Stöcke  
JOH. HEINR. MEIER  
HOLSTENSTRASSE 11

Die Kanzleien sämtlicher Lübecker Rechtsanwälte und Notare sind während der Gerichtstermine vom 15. Juli bis 15. September täglich ab 2 Uhr nachmittags geschlossen.

**Lübecker Anwaltsverein**  
gez. Dr. Görz

Einfache und moderne **Schuhwaren**  
gut und preiswert

**Bruno Westfeiling**  
Meisterstraße 3

**Lübeck-Fahrräder**  
Herren-, Damen-, Mädchen- u. Knaben-Räder von 90. - bis 105. - M.  
1 Jahr reelle Garantie. Emaillierungen, Vernickelungen sowie alle Reparaturen zu billigen Preisen.

**Heinz Körner**  
Fr. Burgstr. 23. R. 1635.

Kredit auch nach auswärts

# Für Bargeld

brauchen Sie nicht zu sorgen,

## 1 Mark

von an

haben Sie nur nötig, wöchentlich zu zahlen.

Solche Vorteile kann Ihnen einzig und allein nur

das seit ca. 25 Jahren in Lübeck u. Umgebung als reell anerkannte Waren - Kredithaus von Hersch Kersten, Holstenstr. 171.

bieten. Sie müssen sich mit meinem Spezial-

## Kredit-System

bekannt machen, und überzeugen Sie sich im eigenen Interesse von meinem günstigen Angebot.

Ich empfele zu sehr kulanten Bedingungen bei aufmerksamer Bedienung (688)

**Herren-, Knaben- und Damen-Garderobe**

**Gummimäntel, Sportjackett**

**Herren- und Damen-Wäsche, Gardinen**

**Teppiche, Federbetten**

sowie sämtliche **Baumwollwaren** bei geringer

**Anzahlung** und bequemer **Abzahlung**

Bitte genau auf Hausnummer zu achten!

**Holstenstraße 171**

Kein Laden. Ungerührter Seiteneingang. Petrikirchhof.

Die gekauften Waren werden sofort ausgeliefert.

## Amtlicher Teil

### Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Hermann August Wieler, alleinigen Inhabers der Firma Hermann Wieler in Lübeck, Untertrave Nr. 2a, wird die Vornahme der Schlufverteilung genehmigt und zur Abnahme der Schlufrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlufverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Fortsetzungen und zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schluftermine auf den 7. August 1925, vor mittags 11 Uhr, vor dem Amtsgerichte Abt. II hier selbst, Zimmer Nr. 9, bestimmt. (698) Lübeck, den 13. Juli 1925.

Das Amtsgericht, Abteilung II.

Durch Ausschlußurteil vom 14. Juli 1925 ist der Hypothekenbrief über die im Grundbuche von Lübeck, St. Lorenz Blatt 60 in Abteilung III unter Nr. 4 zu Lasten des Grundstücks Moislinger Allee Nr. 116 für den Rentner Heinrich August Ganslandt in Lübeck eingetragene Hypothek von 6000,- Mark für kraftlos erklärt. (692)

Durch Ausschlußurteil vom 9. Juli 1925 ist der Grundschuldbrief über die im Grundbuche von Lübeck, St. Gertrud, Blatt 212 in Abteilung III unter Nr. 10 für den Schiffsmakler Hans Bremmer in Lübeck eingetragene Grundschuld von 220 000 Mark für kraftlos erklärt. (691) Das Amtsgericht, Abteilung 6.

## Mitfamiliärer Teil



### Lübeckische Kreditanstalt

Zanzlegebäude :: Eingang von Marienkirchhof

Fernspr. 8774 empfiehlt sich zur Fernspr. 8774

Anlegung v. Spargeldern

Führung von Girokonten (622)

für die Gelder haftet außer erstklassigen

Totalschulden der Lübeckischen Stadt

Nach langem schwerem Leiden entschlief heute sanft unser Sonnenchein d. Hauses

**ANNI**

im 18. Lebensjahre. Tief betrübt und schmerzlich vermisst

Franz Biedermann und Frau

geb. Lütjohann

und alle, die ihr nahe standen.

Lübeck, den 15. Juli 1925.

Beerdigung Montag, den 20. Juli 1925,

2½ Uhr, Kapelle Vorwerk. (685)

## Freitag u. Sonnabend

sind meine letzten Ausverkaufstage

Benutzen Sie die günstige Gelegenheit. (679)

Die Preise sind fabelhaft niedrig.

**Heinrich Beuck**

Brockesstr. 25 Wickedestr. 5

## Achtung! Händler, Straßenhändler, Hausrat, Marktstallende und Schuhsteller

Große

## öffentliche Versammlung

am Sonnabend, dem 18. Juli, 8½ Uhr abends im Restaurant Pockenhof, Burgfrei

## Das ambulante Gewerbe in Gefahr!

Referent: Walter Oeser, Berlin.

Erscheint in Münzen! (682)

Reichsverband amb. Gewerbevertreter Deutslands

Sitz Berlin, Ortsgruppe Lübeck.

**Gebraucht. Kaffee**  
 $\frac{1}{4}$  20, 80, 90  
 Tee 1½ 1.— RM  
 Puddingpul. 10 80, 75  
 1½ Reismehl 18  
 1½ Nudeln 38  
  
**Reiner Kaffee**  
 $\frac{1}{4}$  20 8  
 2½ Dof. Apfelmus 1.10  
 2½ Dof. Mirabell 1.75  
 2½ Dof. Reineckel 1.75  
 1½ gem. Marzipan 60  
 1½ Zwetschenkonfit. 75  
 1½ Apfelseepe 80  
 1½ Kunsthonig 38  
  
**Eduard Speck**  
 Mönckebergstrasse 80/84

**J. H. Pein**

Lübeck

Markt 10/12

Breite Straße 64/68.

Das bekannte Kaufhaus für

Arbeiter-Garderobe.

Berufskleidung,

Herren-Konfektion,

Knaben-Konfektion.

Erstkl. Manufakturwaren.

**Sofas, Chaiselongues, Matratzen, Gr. Auswahl Rehm, Engelgrube 49 (666)**

**Laden** billige Preise Eingeogr. 49 Reste besond. preiswert (666)

Verloren eine grüne Jacke vom Krankenhaus bis Hirtenstraße. (688)

Mühlenstraße 88.

**Sozialistische Klassifizier**

\*

**Sardinoud Säfalle**

Auswahl von Neder und

Schriften nebst kurzer Biographie und geschichtlicher Einführung von

Dr. Karl Renner

geb. 8 Mart

\* Die Trauerfeier findet am Sonnabend, dem 18. Juli 2 Uhr, im Krematorium statt. (688)

**August Beber**

Der Zinn und sein Werk

von Franz Kuff

geb. 6 Mart

Duchhandlung

**Lübecker Volksbote**

Johanniskloster 46

**Freitag u. Sonnabend**

sind meine

letzten Ausverkaufstage

Benutzen Sie die günstige Gelegenheit. (679)

Die Preise sind fabelhaft niedrig.

**Heinrich Beuck**

Brockesstr. 25 Wickedestr. 5

## Kerstens Glückskollekte verzeichnet übermals mehrere Haupttreffer!

### Der 1. Hauptgewinn der Kieler Nordmarklotterie

(am 20. Juni gezogen) 1 „Ago“ 6/20 PS Automobil, Wert 7300 Mark, fiel auf 205 120, und der 12. Hauptgewinn, 1 Zeppi (Tartan), Wert 300 Mark, fiel auf 289 725 in meine Glückskollekte! — Werken zugern Sie noch

**1 Wohnhaus, Wert 10 000 Mark, für nur 1 Mark**

in der Lübecker Volkswahl-Lotterie, und **1 Wohnzimmer-Einrichtung, Wert 1200 Mark, für nur 2 Mark** in der Schleswig-Holst. Landes-Lotterie

zu gewinnen? Dann kaufen Sie sich in diesen Tagen noch ein oder mehrere Lose von beiden Lotterien!

**Volkswohl-Lotterie**ziehung: 22. Juli

**Schlesw.-Holst. Landes-Lotterie** ziehung: 29. Juli

**Hermann Kersten** Lübeck, Obere Hürstraße 8.

NB. Die Gewinnlisten der Kieler Nordmark-Lotterie sind bereits bei mir erschienen (Preis 10 Pf.). Die Seriengewinne der selben Lotterie werden auf alle ungeraden Endzahlen ebenfalls bei mir ausgegeben. Letzter Entlöschungsstermin am 30. Juli.

Möbel auf Kredit

ohne Aufschlag (664)

**Stöve's Möbelgesch**

Breite Str. 21 im hinterhaus

**Palast-Theater**

**Bad Schwartau**

Lübeckerstraße 68

Das fährende Lichtspielhaus am Platze

Achtung! Nur 2 Tage!

Donnerstag u. Freitag (16. u. 17. Juli)

Die großen Schlager:

**ZALAMORT**

Der Traum der Zavia

Eine Tragikomödie in 6

Akt von Emilio Ghione

Hauptrollen:

Fern Andra, Emilia Ghione

**Entzückende Gewalten**

(Die Todgeweihten)

Ein Sensationsfilm in 6

Akt von Eugen Iles

Hauptrolle:

Maria Zelenka, Sascha

Gura, Kaiser-Tietz u.a.m

**Gerhard u. die Millionenschrau**

Groteske in 2 Akten von

Walter Engel

Hauptrollen:

Gerhard

Damman, die Millionenbraut

Ellen Plessow

Außerdem

die neuesten Ereignisse aus aller Welt

Zusammen 15 Akte

Achtung! Nur 2 Tage!

Sonnabend, Sonntag (18. u. 19. Juli)

**Mit Stanley im dunkelsten Afrika**

Großer sensationeller

Abenteuerfilm aus der

Zeit des Sklavenhandels

in 6 Episoden, 38 Akte.

Hauptrollen:

George Walsh, Louise Lorraine

Unglaubliche Sensationen

und noch nie gezeigte

Raubtierszenen

Erste Episode: Sklavenhandel, 6 Akte

Zweite Episode: Waldschrecken, 6 Akte

Außerdem die neuesten

Ereignisse aus der Welt

Zusammen 15 Akte.

Helle und klare Bilder

# Hosen

in bekannt guten Qualitäten!

Kammgarn-Hosen	17.50	14.50	10.50	6.95
Buckskin-Hosen	10.50	8.05	7.90	6.25
Pilot-Hosen	10.50	9.95	8.95	7.95
Manchester-Hosen	14.80	13.50	12.95	8.95
Breeches-Hosen	16.50	14.50	12.00	7.95
Waschhosen, Khakihosen	6.95	6.75		5.95
Drell-Hosen	grau und blau	.....	.....	3.95
Maurer-Pilot-Hosen	.....	12.00	9.50	8.50
Maler-Drell-Hosen	.....	6.75	4.95	
Koch-Hosen	kariert	.....	.....	7.95
Schlesser-Hosen	blau Hausluch	.....	.....	3.95
Eisenbahner-Hosen	schwarz	15.50	14.50	

Bauch-Hosen in vielen Stoffarten  
alle Größen vorrätig

Johannes Holst

Hohlmarkt 6 Lübeck - Markt 6

Der Senkingasherd  
die Qualitätsmarke  
das Verkaufsstokal

Adolf Borgfeldt

Mühlenstraße (67)

Waschbalgen,

runde & ovale Seinbalgen, Überbalgen, Spül-  
tübel, Küchenkübel, Brede u. Stoßt. Eimer  
in allen Größen, eig. Anfertigung, empfohl.  
F. Heesen, Schuhmeister.

Fischergrube 40 (67) Kettnerstr. 1450.

Lübecker Zeitungsbücherie

Die Ausstellung am 22. Juli  
nächste Woche

1. Sonderausstellung: 1. Böhlweg 15/16:  
**10.000 Reichsmark**

2. Sonderausstellung: 5000 R.R. Nr. 900

1 x 1 Geodreieckmesser-Gesichtsberg  
1 x 1 Geodreieckmesser-Gesichtsberg  
2 x 1 Geodreieckmesser-Gesichtsberg  
3 x 1 Sägesägemesser-Gesichtsberg  
5 x 1 Sägesägemesser-Gesichtsberg  
**1 x 2000 Reichsmark bei**  
**1 x 1000 Reichsmark bei**

2. Ausstellung: 10.-120.-24.-48.-75.-

50.-75.-100.-150.-175.-190.-210.-230.-

2. Ausstellung: 10.-120.-24.-48.-75.-

50.-75.-100.-150.-175.-190.-210





Handwerk selbständig oder als Werkmeister oder in öffentlicher Dienststellung ausgeübt haben.	Die Lebendigungsbestimmungen des Gelehrtes fehen vor, daß folgende Handwerker, die am 1. Oktober 1908 mindestens fünf Jahre hindurch mit der Befugnis zur Lehrerlaßausleihe tätig waren (vor dem 1. Oktober 1879 Geborene), auf ihren Antrag von der unteren Verhältnisbehörde (Landrat, Magistrat) die vorschriftsbeleugtis erhalten müßen:	Sechs Sozialversicherungen. Der sozialpolitische Ausschluß des Reichstages beschloß, den fünf Sozialversicherungen der Zivilistenversicherung eine leichte anzufügen. Die Eintommensgrenzen und Beiträge für die einzelnen Klassen wurden wie folgt festgesetzt:
Klasse 1:	Wochenlohn bis 6 M.,	Beitrag 25 S.
Klasse 2:	Wochenlohn bis 12 M.,	Beitrag 50 S.
Klasse 3:	Wochenlohn bis 18 M.,	Beitrag 70 S.
Klasse 4:	Wochenlohn bis 24 M.,	Beitrag 100 S.

Die Artheitslöhne im Schmelzefeld.

Entstehen der Regelfähne um 21 Februar seit 1813

**Zeitung der Gewerkschaftshauptmannen**

höht werden. Der Steigerungsbeitrag für alle nach dem 31. Dezember 1923 erzielten Beiträge erhöht sich auf 20 Prozent und das Rindergebs auf 30 Prozent. Die Zeitungserhöhungen treten am 1. August, die Beitragserhöhungen am 28. September in Kraft. Die Mehrausgaben betragen auf Grund der neuen Beitragserhöhung etwa 5 bis 40 Millionen Mark pro Jahr.

Gegenüber den fortgeleiteten Behauptungen der Unternehmer, die hohe Löhne in Deutschland verhinderten sie, mit dem Auslande zu konkurrieren, ist es notwendig, auf die tatsächlichen Löhne im Auslande hinzuweisen. Im "Sociaal Meddelanden" veröffentlicht der amtliche Wissenschaft für soziale Angelegenheiten das Ergebnis der sozialstatistischen Erhebung für das Jahr 1924. Die Erhebung umfasst ca. 3000 Betriebe in ganz Schweden mit insgesamt 236 000 Arbeitern.

Wissenschaftsbemegung

卷之三

**Die Macht der Verbraucher als Konsumen-**  
ten. In der deutlichen Wirtschaftsgeschichte gab es noch nie eine Zeit, wo die Konsumen-ten in ihrer Gesamtheit eine so große Macht besaßen als heute. Die Fabrikanten und Händler sind gewungen, wollen sie ihre Ware los werden, große Mittel für Reklame auszugeben. Die Reklamebotschaften sind natürlich ungewöhnlich teuer. Dadurch wird die Volkswirtschaftliche Produktion nicht unwe sentlich belastet. Es ist bedauerlich, daß diese neue Situation im allgemeinen wenig oder garnicht beachtet wird. Würde die große Masse der Arbeiter, Angestellten und Beamten in ihre Macht als Konsumen-ten ersehenen, dann könnten ganz andere Druckmittel auf die Fabrikanten und Händler angewandt werden. Es ist überhaupt eigentlich, daß das Machtmittel der Organisation im Wirtschaftsleben so einseitig angewandt wird. Die Unternehmer sind in Kartellen und Syndikaten zum Teil sehr straff organisiert. Die Händler haben sich ebenfalls zu starken Verbänden zusammen geschlossen — und die Konsumen-ten? Sie laufen zum allergrößten Teil wild herum. Dies wäre verständlich, wenn nicht schon seit 60 Jahren vorzügliche Konsumen-tenorganisationen in den Fertigungsbetrieben bestehen. Hier gilt es gerade in der Zeitzeit den Hebel anzuheben. Sicher Lohn- oder Gehaltsempfänger schließe sich deshalb der Konsumen-tenverbänden an. Wäre dies in durchgreifendem Maße der Fall, dann wäre die Macht der Konsumen-ten fast ins tige-

**Heteroschistische Rundschau**

## Der kommunistische Land- und Waldarbeiter

**D.L.V.** Der kommunistische Land- und Waldarbeiter-Verband richtete vor einigen Monaten an bei Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeiter-Berbares das Gesuchen, in Verhandlungen über die Verschmelzung der beiden Organisationen einzutreten. Der Deutsche Landarbeiter-Berband hat dieses Erwügens nicht als den Ausdruck eines ehrlichen Einigungswillens, sondern als den künstlich erzeugt, der kommunistischen Organisation auf die Stelle einen schmähsamen Angriff zu verleben, und gegen sie auszurichten. Damit ist der Verband des Deutschen Landarbeiter-Berbares in eine schwierige Lage geraten, denn er kann nicht ohne Schmach auf die Verschmelzung eingehen, wenn er seine eigene Existenz aufzugeben will. Es ist daher von großer Bedeutung, wie die Sache sich weiter entwickeln wird.

Digitized by srujanika@gmail.com

**Witterungsauvertretung**

**Sohnerhöhungen und Inflation.**

Was von den Unternehmerorganisationen und der kapitalistischen Presse mit dem Aufwand alterlei Material breite Gerücht, daß Soherhöhungen eine neue Inflation bedeuten, hat selbst die Hütterin der Währung, die Reichsbahndem Plan gerufen. Auf eine diesbezügliche Umfrage betriebenes sächsisches Industriemeister teilt das Reichsbahndirektorat folgendes mit:

Die Annahme, daß die deutsche Währung wieder insta-  
tiorifche Momente deige, worauf die immer stürfer einsegenden  
Stoß- und Preishewegungen, die durch eine Geldentwertung zu  
erklären seien, hinweisen lassen, erscheint uns abwegig. Es sind

Die „Ortsbüro“ und das „Gewerkschaftsarchiv“, müssen in den Ortsausschüssen eingehend studiert werden. räumen sich durch Mängel einer Führung.

Sie Gewerkschaftsform ist eine Frage von untergeordneter Bedeutung. Die Frage „Industrie- oder Berufssverein“ ist nicht durch Beschlüsse der Gewerkschaftsversammlung zu lösen. Die Form der Gewerkschaften wird sich nach der Entwicklung der Geschäftsführung richten und nicht umgekehrt.

Die Betriebsfrage ist frineswegs erledigt. Wenn die Frage bestredt worden ist, so dadurch, daß man die Betriebsräte zu Spielbällen propoliert in Parteien gemacht hat. Zwischen den Parteien haben die Betriebsräte im Hinge zu behalten: 1. die Einflußnahme auf den Betriebsverein selbst, und 2. Einfluß auf die Probstafion. Letzteres ist besonders wichtig, wenn wir jemals zu einer Demokratisierung des Sichtschaftsstaates kommen wollen.

Eine besondere Gefahr droht der Gewerkschaftsbewegung durch die legen. Der Krieg gewinnt sich gegen sie. Es ist ein

# Seit dem 1. Januar 1919

**am 9. August 1925**  
veranstaltet vom  
Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund  
(Ortsausschuß Lübeck) & Qfabund  
Allgemeinen Deutschen Beamtenbund  
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Lübeck  
Arbeiter-Sport-Kartell Lübeck.  
**Festfolge.**  
Morgens 6 Uhr: Weden.  
Spielleute des Arbeiterturnvereins und Reichsbanners. Wulff-  
Impelle des Reichsbanners.  
**9½ Uhr:** Verfassungsfest im Gewerkschaftshaus.  
Mitwirker: Der Schornstein Kühn und die Mutterkugel.

**Zentrale:** 2er Girovertrag und die Zulassung  
des Reichsbanners.  
**Mittags 1½ Uhr:** Aufstellung des Festzuges auf dem Klinger-  
berg und der Parade, Uhmarf nach Straßdorf.  
**Nach 1½ Uhr:** Vorführungen der Sportvereine  
auf der Biese des Herren Hauf und hinter der Nordhalle.  
Gartentanzert und Ball in fünflichen Lokalen.  
**Uhr 5 Uhr:** Raternenausgabe bei Muuß (Preis 20 Pf. mit

hältnisse auszuhalten, indem man Gewerkschaftsgemeinschaften mit Hilfe der jügen „nationalen Verbände“ zu gründen versucht. Ein Geheimrundschreiben der Unternehmerverbände befürwortet die Gründung von solchen Gehilfen mit der klar ausgedrohten Begründung, Tarifabschlüsse mit den Gewerkschaften dadurch zu verhindern. Wer für Werkgemeinschaften eintritt, ist verrat an der Gewerkschaftsbewegung.

Bei dem Antrittstreffen des Betriebsrätegesetzes könnten wir nicht die notwendige Wahl von geschulten Arbeitern stellen, die als Betriebsräte hätten fungieren können. Es dürfen keine Mittel geheist werden, um die Arbeiter befriedigend mit Produktionslagen vertraut zu machen. Wir sind dazu bestrebt, Freunde von den sogenannten „Betriebsräten“, aber der richtigen Aussicht des Betriebsrätevereins räumen doch Zeiten loslassen zur Herführung der heutigen in die spätere sozialistische Produktionsweise. Die Ortsauskünfte

**Die Heranbildung und Geschäftigung der Jugend**

für den wirtschaftlichen Kampf ist ein weiteres wichtiges Kapitel. Wenn wir die Jugend, und damit die Zukunft haben wollen, dann dürfen Mühe und Opfer nicht gescheut werden. Gerade der heutigen wirtschaftlichen Gedanke muß in der heranwachsenden Jugend verwirklicht werden. In den Betrieben sollen die älteren, erfahrenen Kollegen das Zukunftsengagement gefühlt bei den jungen Generationen übertragen. Berufserziehung und Berufsschulen sollen gefordert werden. Bisher herrscht troß dem Reichs-Jugendwettbewerb noch immer große Unruhe in hiesiger Zeit auf dem Gebiete der Jugendarbeit. Viele gute Gefährte sind fortge-

alter Schund und Schwund zu bekämpfen. Sichtbild und Eindruck haben vorzragend gute Ergebnisse gebracht, wo die Gebiete der Erfahrung, Bildung, Kultuswissenschaft, Gesundheitspflege, Naturwissenschaft, Kulturgelehrte, Erdkunde, Sport usw. behandelt wurden. Auch Belehrungen von volkswirtschaftlichen und technisch interessanten Betrieben wären hilfreich. Die Ortsauskünfte können ohne große Kosten dieses für die Öffentlichkeit der Zukunft bieten.

Mit für die Mithilfe der Arbeiterschaft über ihre wirtschaftliche Lage zu sorgen ist, können die Ortsauskünfte aus dem § 2 der Rauiserfahrungen ohne weiteres erheben.

Daneben haben die Gewerkschaften aber noch die Pflicht, für eine Gesundung der Bergarbeiter politisch einen großen Anteil einzupflegen. Sorge zu tragen, d. h. unzureichig zu zeigen, wie leicht die Zerstreuung der Arbeiterschaft gehindert wird durch die auftretende „positiv“ Arbeiterschaftsbewegung. Kärtchen, die durch ihr Aussehen die wirtschaftliche Arbeiterschaftsbewegung schädigen, sind es verbotlich zu bestimmen. Diese Maßnahme ist nicht leicht anzuwenden.

Der mit großem Beifall aufgenommene Vertrag löste eine längere Diskussion aus, in der sich sehr leidlich und interessant mit der Zuständigkeit Ehrenteis auseinandergesetzt wurde. Sodann wurden noch interne Organisationsfragen besprochen. Um 2 Uhr tronnte der Gen. Dreger über die Konferenz schließen mit der Feststellung, daß die Tagung wohl alle befriedigt habe. Große organisatorische Schwierigkeiten, schwere wirtschaftliche Kämpfe ständen uns bevor. Da heißt es: zusammenhalten. Vor Beginn der Konferenz soll eine weitere Konferenz stattfinden.

**„Stahlhelm“ als Streifbrehverorganisation.**

Der Streifleitung des Kreises der Reismühlenbetriebe in Hamburg ist folgendes Ortsnachrichten in die Hände gefallen:

„Der Stahlhelm“

Bund der Frontsoldaten  
Hamburg, Ortsgruppe Mitte  
Stellenvorwaltung.

Um die Sommerfrische Reisewerte, Hamburg, den 24. Juni 1925.

Hammerstrasse 15/85.

Durch die Ortsgruppe Groß-Hamburg des Stahlhelms und der Frontsoldaten erhielten wir die Meldung, daß in Ihrem Betriebe für 20 Arbeiter Beschäftigung vorhanden ist. Es meldet sich heute bei uns der Stahlheimer welcher bereit ist, jede Menge durchzumachen.

Wir bitten Sie umgehend den selben einzustellen weil er

Mit deutlichem Gruß  
Der Stahlhelm  
Bund der Frontsoldaten  
Hamburg, Ortsgruppe Mitte  
gen.: Gustav Behrens,  
Obl. u. D.

Um am früheren Studientag zu verhindern, dass die Arbeitsermittlungskommissionen mitschuldig seien, schreibt die "Gefährdeten" in ihrer Erklärung: "Wir haben uns entschlossen, die Arbeitsermittlungskommissionen nicht mehr einzuladen, um sie nicht in die Verantwortung zu bringen." Sie wollen stattdessen die Arbeitsermittlungskommissionen durch eine andere Institution ersetzen, die besser geeignet ist, die Arbeitsermittlungskommissionen zu kontrollieren.

betrieben, reibungslos zu machen gearbeitet. Wenn das Wirtschaftsvereinigungsausschusses des Hamburger Studentenfonds & Co. aus den ersten Betriebsverhandlungen des Unternehmens in wirtschaftliche Kämpfe der Gewerbelehrer durch Bevorrichtung von Arbeitsmäßigen einerseits will, dann muß es sich die Groß-Hamburgerische Werkehaft fördern, ob sie im irgendwelchen Betrieben mit von der Hamburgerischen Studentenfond vermittelten Studierenden noch jüngere unentwirken will. Entweder wählt die Hamburgerische Studienfond bei wirtschaftlichen Kämpfen die Neutralität oder magst aus der Studentenfond ein Instrument des Unternehmens zur wirtschaftlichen Niederdrückung der um ihre Existenz ringenden Werkehaftigkeit. Sint die Hamburger Studentenfond das leichter, werden sich für ihre Erfüllung die Folgen zeigen.

an den Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten, Hamburg.

Eine haben sich nach Ihnen wiederholten öffentlichen Kundgebungen angeblich die Würgegehe geöffneten, die nationalen und patriotischen Belange des deutschen Volkes zu schützen und zu fördern, Sie sehen in der Bevölkerung dieser Beilage auch den Kampf gegen die kapitalistische Ueberfuhrung Deutschlands. Wir nehrat an, daß Sie zum deutischen Volke auch die hamburgische Arbeiterschaft zählen. Sie haben nun aus Sicht des Kämpfes der in den heutigen Reismühlen beschäftigten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen von dem zum Teil jüdischen Unternehmerin der Reismühlenbetriebe die Aufforderung erhalten, Arbeitskosten dieser Aufsichtierung der in den Reismühlen herrschenden ungünstigen Löhne sollen nicht auf Grund einer Beteuerung des Produktes, sondern nur durch Ihre größere Unteilnahme am Ergebnis des Betriebsproduktes erzielt werden. In dem Ihnen seitens des Unternehmertums ausgehenden Schreiben sind hinreichlich der Löhne und Arbeitsschärfen in den Reismühlen offensichtlich wahrer Fragen gemacht. Sie haben Gelegenheit, durch eine Einsichtnahme in das "Hamburger Echo" Aufklärung: Arbeiterschaftliche Forderungen aus den icten Tagen die wirtschaftlichen Verhältnisse kennen zu lernen. Wir können nicht annehmen, daß der von Ihnen proklamierte Grundsatz der Wohnung, Naturförderung und nationale Interessen von Ihnen so verstanden wird, daß Sie sich bei Wirtschaftskämpfen zwischen Arbeitnehmern und Unternehmertum rücksichtlos auf die Seite des großkapitalistischen Unternehmertums stellen. Wir können auch nicht annehmen, daß Sie aus Ihrer Organisation eine Gruppe zum Schutze der Arbeitergruppe, Vermittler Unternehmer zu machen beabsichtigen. Wir wissen, daß der Appell, den das Unternehmertum an Sie gerichtet hat, nicht ganz ohne Erfolg geblieben ist. Wir wissen, daß Führer Ihrer Bewegung sich bereits zu Vermittlern von Arbeitswilligen erniedrigt haben. Wir richten hiermit die öffene Anfrage an Sie, ob Sie die Ihnen zugemachte Aufgabe einer Streikfreier-Organisation durchzuführen gedenken? Tun Sie es, dann werden Sie es sich geschaffen müssen, daß für die Zukunft Ihre Organisation mit dem Datum des notorischen Entschlusses befreit ist!

Gtreitheit u. a. der im deutschen Lebensmittel- und Getränkearbeiterverband organisierten Arbeiter und Arbeiterrinnen der Groß-Hamburgischen Reismühlenbetriebe.

## Betriebsräte gegen

**Vertretung im Aufsichtsrat bei Wahlentscheidung einer Arbeitnehmergruppe.**

Wenn die Angestellten eines Betriebes bei der Wahl zum Betriebsrat keine Vertreter in den Aufsichtsrat zur Gewahl bereit ist und die Wahl aufzuschieben. § 43 Abs. 1 ergibt.

Unbefristetermaßen hat sich August 1923, als der zuletzt gewählte Betriebsrat sein Amt angetreten hat, keine Neuwahl des Betriebsrates wieder stattgefunden. Mangels Juristandort mens einer Renovatio aber bleibt der Betrieb ohne Betriebsratsvertretung. Mit Ihnen der einjährigen Frist der § 18 Abs. 1 BGB, endet nämlich ohne weiteres das Amt des Betriebsrats. Einliches ohne Mülltigt auf die Bestimmung in § 43 Abs. 1

Ihre alte Bestimmung betrifft nur den Fall, daß die Betriebsräte einen neuen Betriebsrat zu wählen bereit ist und ihn auch tatsächlich gewählt hat. Die Entscheidung des Betriebsrates, durch die er seine Anwendung für begründet erklärt, ist daher ohne rechtliche Bedeutung. (A. G. Jever, arbeitsgergt. Zweig).

**Entscheidung:**

"Anberstritten ist, daß der Betriebsrat im vorliegenden Falle ist. Da die Angestellten keine Vertreter in den Betriebsrat zur Gewahl haben, die von den Arbeitern gewählten Mitglieder des Betriebsrates den Wahlkörper und haben die in den Aufsichtsrat zu entsendenden Mitglieder des Betriebsrates zu wählen. Beschuß des Gewerbegeräts in Sindelfingen vom 14. 8. 1925.

**Aus der Begründung:**

„Anberstritten ist, daß der Betriebsrat im vorliegenden Falle ist. Da die Angestellten keine Vertreter in den Betriebsrat zur Gewahl zum Aufsichtsrat gewählt haben, die von den Arbeitern gewählten Mitglieder des Betriebsrates den Wahlkörper und haben die in den Aufsichtsrat zu entsendenden Mitglieder des Betriebsrates zu wählen. Unhaltbar ist die Annahme des Gewerbegebers, daß eine Wahl deshalb nicht vorgenommen werden könnte, weil im Sinne des Aufsichtsratsgesetzes ein Betriebsrat und deshalb ein Wahlkörper nicht besteht aus der Erwagung, daß sonst jeder Teil der Arbeitnehmer, die Arbeiter oder die Angestellten, nicht in den Aufsichtsrat einzutreten.

Die Änderung der Kohlefeuer

gestellt, durch Unterlassung einer Wahl in den Betriebsrat es, vielleicht gar im Zusammenwirken mit dem Arbeitgeber, unternommen könnte, die Rechte des anderen Teiles gegen den Sinn des Kuffichtstagsgefeßes, das auf Grund des § 70 BfG. ein Recht der Arbeitnehmer festlegt, zu schotteren. Die Rüftausübung eines Rechtes, hier durch die Angestelltenchaft, kann das Recht eines Dritten, nämlich der Arbeiterschaft, durch ihre gewählten Betriebsratsmitglieder, Vertreter in den Kuffichtsrat des Arbeitgebers zu entziehen, nicht außer Kraft setzen. Die Angestelltenchaft geht allerdings dieses Rechtes für sich dadurch verlustig. Dennoch sind die von den Arbeitern gewählten Mitglieder des Betriebsrats als Rechtsträger anzuerkennen.

Die gleiche Auffassung hat auch das Gewerbegericht Berlin in einem Urteil vom 12. Januar 1925 vertreten.

---

Für alle Arbeitnehmer gilt die Erhöhung des Steuerfrei-  
betrags und die Erweiterung der Familienförderung um  
500,- DM.

Daneben ist für einzelne Lohnsteuerpflichtige eine nach-  
trägliche Gewichterung der Steuerlast im Wege der Er-  
stattung vorgesehen, die aber nur ergibt wird, wenn die betref-  
fenden Arbeitnehmer die letzten Möglichkeiten ausnutzen. Wir  
bringen daher im folgenden eine Übersicht über die Veränderun-  
gen der Lohnsteuer.

Der steuerfreie Lohnbetrag und die Sonderermäßigungen  
haben folgende Veränderungen erlitten:

Der steuerfreie Lohnbetrag beträgt:

aus Sorge Zukunft einer einzigen Kuppe zum Schutze der proletarischen Großkapitalijer, jemischer Unternehmer zu machen beschließen. Wir wissen, daß der Appell, den das Unternehmertum an Sie gerichtet hat, nicht ganz ohne Erfolg geblieben ist. Wir wissen, daß Führer Ihrer Bewegung sich bereits zu Vermittlern von Arbeitswilligen erniedrigt haben. Wir richten hiermit die offene Anfrage an Sie, ob Sie die Ihnen zugemachte Aufgabe einer Streitkrieger-Organisation durchzuführen gedachten? Tun Sie es, dann werden Sie es sich gefallen lassen müssen, daß für die Zukunft Ihre Organisation mit dem Namen des notorischen Streitkriegers behaftet ist!

Gtreiteitung  
der im deutschen Lebensmittel- und Getränkearbeiterverband  
organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen der Großham-  
burgischen Reismühlenbetriebe.

Betriebsergebnissen

Der alte Betriebsrat bleibt nur dann bis zur Bildung des neuen im Amt, wenn die Rechtsfähigkeit zur Wehrhalt bereit ist und die Wahl aufzubetennt. § 43 Abs. 1 ergl. Unbestrittenheit haben sich August 1923, als der zuletzt gewählte Betriebsrat sein Amt angetreten hat, keine Neuwahl des Betriebsrates wieder stattgefunden. Mangels Zuständigkeit mens einer Neuwahl aber bleibt der Betrieb ohne Betriebsratsvertretung. Mit Ablauf der einjährigen Frist der § 18 Abs. 1 ergl. endet nämlich ohne weiteres das Amt des Betriebsratsmitglieds ohne Rücksicht auf die Bestimmung in § 43 Abs. 1.

Die direkte Bestimmung betrifft nur den Fall, daß die Befugtigkeit einer neuen Betriebsrat zu wählen bereit ist und ihn auch tatsächlich gewählt hat. Die Entscheidung des Betriebsrates, durch die er seine Amtseinführung für begründet erklärt, ist daher ohne rechtliche Bedeutung. (A. G. Jever, arbeitsgerichtl. Zweig, Gutach. n. 18, S. 25).

## Verteilung im Käffichtärt bei Wahlentstaltung einer Geheimnischutzeinheit

SÜDWESTDEUTSCHER VERLAG

Arbeitsrecht

b) für das ganze Kalenderjahr 1926 nicht im Höhe von  
860 Reichsmark berücksichtigt worden ist. Nach hier wird ein Betrag unter 1 M.  
für das Vierteljahr und unter 4 M. für das ganze Jahr nicht  
erstreckt.

# Arbeitsrecht

Gelehrten

**Werterschöpfung und Zurechnung des Vorfalles.**

Es kommt öfter vor, daß der Gewalttäter wegen unerheblicher Schadensersatzforderung den verdienten Lohn aufzehrt oder auf sich behält. Der § 810 I bco gibt verdeckten Geschäftsbetragen keinen Auftrag, doch die Werterschöpfung ruhen die Forderung nicht fließt. Insoweit eine Forderung der Pfändung unterliegt. Fälle von Pfändungen in ein Wochenverdienst von 30 M. sind, soweit er diejenigen Rechtsauffassungen, eine Tüpfel des Mehrvermögens der Pfändung nicht unterworfen. Hat die Geschäftsfirma keinem Gewerbetätigen oder einem ungetilgten ständige Unterhalt zu gewähren, so erhält sich der unpfändbare Teil des Mehrvermögens für jede unterhaltsberechtigte Person um ein Geschäft, hüblichen jedoch auf Zwischenfall des Arbeitseinkommen. Nach ein Zwischenbehältspausch, wie es im § 271 Abs. 2 vorgesehen ist, kommt gegenüber dem aufzuhaltenden Lohnforderung nicht in Betracht. Das Rechtsgericht hat entschieden, daß eine Zurückhaltung gegenüber der unpfändbaren Lohnforderung weniger eines Rechtes auf Geld zurückstehen. Gegenstandsgesetz ausdrücklich ist. Gericht lehnt den Gewaltanspruch des Gewalttäters ab, da er vorstehenden Rechtaufdrückt über Werterschöpfung des Geschäftnehmers, so kann nach der gleichen Rechtsprechungsschlußfolgerung der Schutz des Aufschwungsverbotes unter allen Umständen verstoßen werden.

**Gehaltsfragen.**